

KoR IF



D3-2291



www.kor-ifs.de



Internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung

Fachbeirat: Prof. Dr. Andreas Barckow • Prof. Dr. Axel Haller • Prof. Dr. Sven Hayn • Dr. Harald Köster • Prof. Dr. Peter Leibfried • Prof. Dr. Martin Schmidt • Prof. Dr. Bernd Stibi • Prof. Dr. Isabel von Keitz • Dr. Johannes Wirth • Prof. Dr. Jochen Zimmermann • Prof. Dr. Henning Zülch

AUFSÄTZE

- Jochen Pilhofer/Hendrik Suermann/Ronja Müller*
Die Ertragsteuerermittlung in der Zwischenberichterstattung nach IAS 34 397
- Robert Rieg/Reinhard Heyd*
Auswirkungen des ED/2013/6 zur Leasingbilanzierung nach IFRS auf Pro-Forma-Kennzahlen 408
- Markus Ertel/Florian Kaiser*
Latente Steuern auf Verlustvorträge – Eine empirische Untersuchung der Unternehmen des DAX30 418
- Thomas Hagemann/Stefan Oecking/Olena Roman*
Pensionsverpflichtungen im DAX30 – Konzernabschlüsse 2014 426

FALLSTUDIE

- Peter Lorson/Bianca Dogge/Ellen Haustein/Richard Paschke/Jörg Poller*
Konzernrechnungslegung nach EU-IFRS 2015 434

TAGUNGSBERICHT

- Fabian Engstermann/Dennis Starke/Chenzhi Wu*
Reengineering von Finanz-, Controlling- und Accountingprozessen 443

AUFSÄTZE

Ertragsteuern/Zwischenberichterstattung
Die Ertragsteuerermittlung in der Zwischenberichterstattung nach IAS 34
WP/StB/CPA Prof. Dr. Jochen Pilhofer, Saarbrücken / WP/StB Dr. Hendrik Suermann / M.A. Ronja Müller, beide Eschborn
 Der Beitrag widmet sich Anwendungsfragen der Ertragsteuerermittlung nach IAS 34 im Rahmen der Zwischenberichterstattung. Vor dem Hintergrund teilweise mangelnder normativer Vorgaben werden in dem Beitrag Lösungsvorschläge zu Problemfeldern wie bspw. Auswirkungen von Ertragsteuersatzänderungen, Berücksichtigung von Einmalsachverhalten sowie Besonderheiten bei Vorliegen von Verlust- oder Zinsvorträgen herausgearbeitet.
KOR0708040 S. 397

IFRS/Leasing
Auswirkungen des ED/2013/6 zur Leasingbilanzierung nach IFRS auf Pro-Forma-Kennzahlen
Prof. Dr. Robert Rieg / Prof. Dr. Reinhard Heyd, beide Aalen
 Die zukünftige Bilanzwirksamkeit von Leasinggeschäften wird Auswirkungen auf die Unternehmenskennzahlen haben. In dem Beitrag werden die Auswirkungen der Vorschläge des ED/2013/6 auf die Leasingbilanzierung von MDAX-Unternehmen simuliert. Dabei werden Verschiebungen zwischen den Pro-Forma-Kennzahlen EBIT, EBITDA sowie Zinsdeckung und Eigenkapitalquote gezieht.
KOR0702818 S. 408

IFRS/latente Steuern/Verlustvortrag
Latente Steuern auf Verlustvorträge – Eine empirische Untersuchung der Unternehmen des DAX30
Markus Ertel, M.Sc. / Florian Kaiser, B.Sc., beide Bayreuth
 Die Bilanzierung aktiver latenter Steuern wurde bislang vergleichsweise wenig empirisch untersucht. Dabei bieten die dadurch vermittelten Informationen für Investoren aber auch den Staat interessante Einblicke in die Erwartung der zukünftigen Ertragslage durch das bilanzierende Unternehmen. Die Bilanzierung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge bietet allerdings auch ein großes Maß an bilanzpolitischen Spielräumen. In dem Beitrag erfolgt eine empirische Analyse der Bilanzierung aktiver latenter Steuern durch die DAX30-Unternehmen für die Geschäftsjahre 2011 und 2012.
KOR0697777 S. 418

IFRS/Pensionsrückstellungen
Pensionsverpflichtungen im DAX30 – Konzernabschlüsse 2014
Thomas Hagemann / Stefan Oecking, beide Düsseldorf / Dr. Olena Roman, Frankfurt/M.
 In dem Beitrag werden die Pensionsrückstellungen der DAX30- Unternehmen anhand der Geschäftsberichte 2014 untersucht. Nicht zuletzt in Folge der aktuellen Niedrigzinsphase erreichen die Pensionsverpflichtungen neue Rekordhöchststände. Dem gegenüber sind aber auch die Planvermögen der betrachteten Unternehmen auf einen neuen Rekordwert gestiegen.
KOR1046691 S. 426

FALLSTUDIE

Konzernabschluss/IFRS
Konzernrechnungslegung nach EU-IFRS 2015 (Teil 6)
Prof. Dr. Peter Lorson / Bianca Dogge, B.Sc. / Dr. Ellen Haustein / Richard Paschke, M.Sc., alle Rostock / Jörg Poller, M.A., Berlin
 Der Prozess der Erstellung eines Konzernabschlusses nach IFRS reicht von der Feststellung der Konzernabschlusspflicht über die Erstkonsolidierung bis zu Folgekonsolidierungen. Für die Praxis von grundlegender Bedeutung sind der buchhalterische Weg zum Konzernabschluss und das Arbeiten mit den IFRS-Texten. Anhand eines Schiffbau-Konzerns wird dies am konkreten Beispiel dargestellt. Im vorliegenden sechsten Teil erfolgt die Darstellung der Konsolidierung von assoziierten Unternehmen und Zweckgesellschaften.
KOR1046688 S. 434

TAGUNGSBERICHT

Organisation/Outsourcing/Shared Services
Reengineering von Finanz-, Controlling- und Accountingprozessen
Fabian Engstermann, M.Sc. / Dennis Starke, M.Sc. / Chenzhi Wu, M.Sc., alle Bochum
 Unternehmen gehen zunehmend dazu über, auch Tätigkeiten in den Verwaltungsbereichen auszulagern. Davon betroffen sind vor allem standardisierbare Tätigkeiten der Accounting-, Finance- und Steuerfunktionen. Die auf der Schmalenbach-Tagung vom 07.05.2015 diskutierten praktischen Erfahrungen zeigen jedoch, dass einige Herausforderungen gemeistert werden müssen, bevor Unternehmen die erhofften Effizienzgewinne realisieren können.
KOR0703034 S. 443

REPORTS

International S. 453
National S. 455

SERVICE

Zeitschriftenspiegel M3
Veranstaltungen/Impressum M4

ÖJZ aktuell 817

Beiträge

→ Deliktsunfähige als Solidarschuldner? 821

Deliktsunfähige haften nur ausnahmsweise nach § 1310 ABGB. Der Beitrag schlägt einen neuen Lösungsweg zur Handhabung der dort genannten Haftungsvoraussetzungen vor. Darauf aufbauend wird geprüft, ob auch Unmündige Solidarschuldner sein können und wie sich dies auf einen etwaigen Regress auswirkt.
Von Bianca Merz und David Gumhold

→ Verfahrensfehler im Verwaltungsverfahren: die fehlerhafte Kundmachung der mündlichen Verhandlung 831

Ausgehend von Beschlüssen des LVwG NÖ und des VwG Wien behandelt der Beitrag die Frage, ob die fehlerhafte Kundmachung der mündlichen Verhandlung zur Zurückverweisung an die Behörde nach § 28 Abs 3 VwGVG führen muss. Dabei wird auf die Bedeutung des Verfahrensrechts und auf den grundsätzlichen Umgang mit Verfahrensfehlern im verwaltungsgerichtlichen Verfahren eingegangen.
Von Florian Berl

→ Was gilt mit Inkrafttreten des StRÄG 2015 für Sachverständige im Strafprozess? 835

Das StRÄG 2015 hat durch die Streichung der Worte „Sachverständigen oder“ in § 126 Abs 4 dritter Satz StPO den Eindruck erweckt, als könnte ungeachtet der grundlegenden Änderung des gesetzlichen Umfelds (§ 104 Abs 1, § 126 Abs 3 und 5 StPO) durch BGBl I 2014/71 Befangenheit eines nach diesen Regeln tätig gewordenen Sachverständigen im Hauptverfahren nun „bloß mit der Begründung geltend gemacht werden, dass er bereits im Ermittlungsverfahren tätig geworden ist“. Die nachstehenden Hinweise sollen den in ÖJZ 2015, 23 erschienenen Praxisleitfaden an VfGH 10. 3. 2015 (G 180/2014 ua) und das StRÄG 2015 anpassen.
Von Eckart Ratz

Evidenzblatt

→ Familienrecht 840

OGH 18. 2. 2015, 2 Ob 189/14 d
117: „Effektive“ Staatsangehörigkeit eines Kindes
Mit Anmerkung von Bea Verschraegen

→ Handelsrecht 842

OGH 19. 11. 2014, 3 Ob 120/14 i
118: Begünstigte aus einer Stiftung können auf Unwirksamkeit einer Änderung klagen
Mit Anmerkung von Ulrike Frauenberger-Pfeiler

→ Sachenrecht 846

OGH 18. 2. 2015, 3 Ob 214/14 p
119: Zwecklosigkeit beendet Servitut

→ Schuldrecht 848

OGH 20. 1. 2015, 4 Ob 164/14 t
120: Disclaimer schließt öffentliches Angebot aus

→ Versicherungsvertragsrecht 850

OGH 18. 2. 2015, 7 Ob 213/14 w
121: Deckungsanspruch durch Prüfungsprozess-Feststellung fällig

→ Strafprozessrecht 851

OGH 16. 6. 2015, 14 Os 145/14 a
122: „Altfälle“ von SVBestellung

→ Strafprozessrecht 853

OGH 16. 6. 2015, 14 Os 37/15 w
123: Erneuerung von Vollzugsentscheidungen

EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	855
OGH 28. 5. 2015, 9 ObA 6/15 w 133: Mitverschulden an der Entlassung: Kürzung beendigungsabhängiger Ansprüche	
→ Familienrecht	855
OGH 21. 5. 2015, 1 Ob 72/15 t 134: Eltern können einen Kinderbeistand nur anregen	
→ Gesellschaftsrecht	856
OGH 27. 4. 2015, 6 Ob 90/14 z 135: Rechtsstellung der Partizipationsscheininhaber	
→ Personenrecht	856
OGH 9. 4. 2015, 7 Ob 27/15 v 136: Gerichtsentscheidung setzt aktuelle Unterbringung des Kranken voraus	
→ Provisorialverfahren	857
OGH 3. 3. 2015, 1 Ob 245/14 g 137: Auch Feststellungsansprüche können mittels EV gesichert werden	
→ Stiftungsrecht	857
OGH 27. 4. 2015, 6 Ob 230/14 p 138: Keine Abwicklung der Stiftung ohne Löschung, keine Löschung ohne Unbedenklichkeitsbescheinigung	
→ Strafprozessrecht	857
OGH 15. 4. 2015, 13 Os 43/14 v 139: Keine Ausgeschlossenheit des Vorsitzenden aufgrund einmaliger Gefälligkeit einer StA	
OGH 7. 5. 2015, 12 Os 28/15 g	858
140: Vorbehalt der Entscheidung über Verfall oder Einziehung entspricht Verfolgungsvorbehalt	

VfGH

→ Entscheidungen des VfGH – März-Session 2015	858
<i>Von Helmut Hörtenhuber und Stefanie Dörnhöfer</i>	

Standards

→ Impressum	820
→ Veranstaltungen & Seminare	864

ÖJZ AKTUELL

Der neue Newsletter schnell und gratis

Anmeldung ab sofort unter <http://www.manz.at/newsletter>

MANZ 

DE GRUYTER

2015 BAND 25 HEFT 9

ISSN 1439-1589 · e-ISSN 1612-7056

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z 184

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR

WIRTSCHAFTS- UND INSOLVENZRECHT DZWIR

SCHRIFTFLEITUNG

Rechtsanwalt *Michael Schmidt*

Inhalt

Aufsätze

Dr. iur. Frank Wenzel

**Die Rechtswirksamkeit der
Schornsteinhypothek — 395**

Peter Antoni

**Aufsichtsmaßnahmen des Insolvenzgerichts gemäß
§ 58 InsO und Rechtsbehelfe von Insolvenzbeteiligten — 399**

Rechtsprechung

Europäische Gerichtsbarkeit

**EuGH, Urteil vom 11. 6. 2015 – Rs. C-649/13 – Nortel
Alternative Zuständigkeit der Gerichte des Mitgliedstaats der Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens — 404**

Finanzgerichtsbarkeit

**BFH, Urteil vom 24. 2. 2015 – VII R 27/14
Anrechnung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an das Finanzamt geleisteter Zahlungen — 409**

Zivilgerichtsbarkeit

**BGH, Urteil vom 8. 1. 2015 – IX ZR 203/12
Zahlungseinstellung und Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes — 412**

BGH, Urteil vom 12. 2. 2015 – IX ZR 180/12

Beweisanzeichen für Gläubigerbenachteiligungsvorsatz — 416

BGH, Beschluss vom 26. 2. 2015 – IX ZB 9/13

Verwaltervergütung bei zu erwartender Umsatzsteuererstattung an die Insolvenzmasse — 420

BGH, Beschluss vom 26. 2. 2015 – IX ZB 44/13

Keine Anrechnung von Verzögerungen auf die Laufzeit der Wohlverhaltensphase — 422

BGH, Urteil vom 26. 2. 2015 – IX ZR 174/13

Abschluss eines Abtretungsvertrages nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens — 424

BGH, Urteil vom 5. 3. 2015 – IX ZR 164/14

Irrtümliche Überweisung auf ein Schuldnerkonto nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens — 427

BGH, Beschluss vom 12. 3. 2015 – IX ZB 85/13

Antragsbefugnis zur Versagung der Restschuldbefreiung — 431

BGH, Urteil vom 26. 3. 2015 – IX ZR 302/13

Zahlung auf das Vollrechtstreuhandkonto eines vorläufigen Insolvenzverwalters — 433

BGH, Beschluss vom 16. 4. 2015 – IX ZR 180/13

Entgeltliche Leistung eines Markenrechtsverletzers — 435

BGH, Urteil vom 30. 4. 2015 – IX ZR 301/13

**(Besprechung Dr. iur. Frank Wenzel, S. 395)
Löschungsbewilligung nachrangig gesicherter Gläubiger bei Insolvenz des Grundstückseigentümers — 436**

Buchbesprechung

Prof. Dr. iur. Joachim Gruber D.E.A.(Paris I)

Paul Ströbele/Franz Hacker, Markengesetz, Kommentar, 11. Auflage — 439

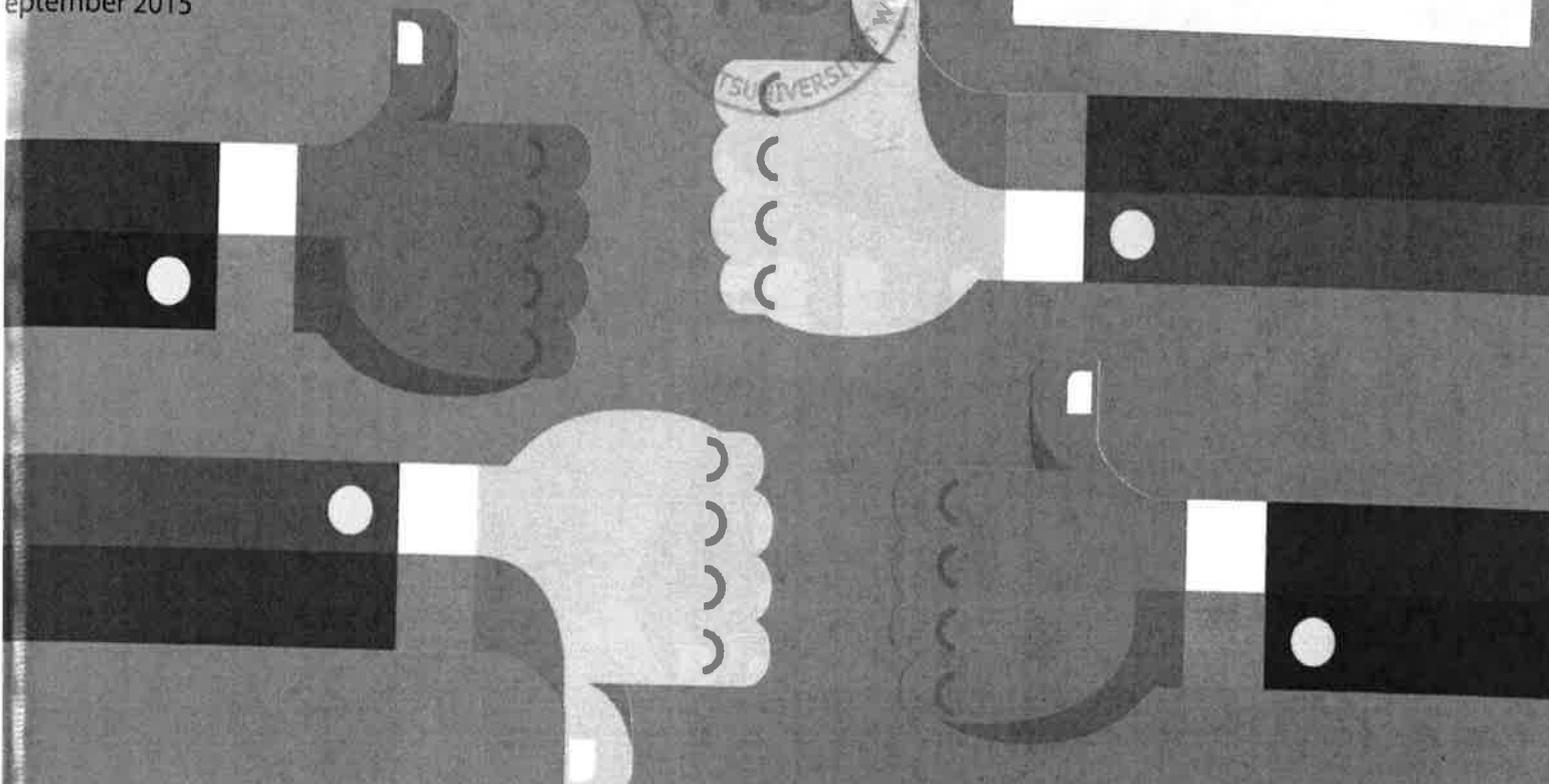
Veranstaltungen — 441

Nachrichten — 442

JOURNAL OF ACCOUNTANTS

D3-Z1 **WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Publication of the American Institute of CPAs
September 2015



2015 tax software survey

See how your product ranked **24**



02244061 410275558 31-DEC-15
WIRTSCHAFTS UNIVERSITÄT WIEN
MELTHANDELSPLATZ 1 - HAUS LC
UNIVERSITÄTS BIBLIOTHEK - ZEITSCHRIFTEN
WIEN 1020
AUSTRIA

Overcoming roadblocks | Better pricing, better profits | Financial planners on the future

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 11 | *FASB delays revenue recognition effective date*
IIA spells out mission and principles
Who is responsible for internal controls?
PCAOB considers new plan for naming engagement partner
SEC considers updating audit committee disclosures
SEC proposes clawback rules
EDGAR company filings database updated
New XBRL rules proposed
GASB establishes new accounting hierarchy
GASB addresses external investment pools and certain component units
Americans' financial standing improving

COLUMNS

18 | Professional Liability Spotlight

Don't let scope creep lead you out of bounds
In the sports world, it is pretty easy to determine whether you are in or out of bounds. It's not so simple in the accounting world.

20 | Checklist

How to rate external auditors
Audit committees should consider these points as they fulfill their oversight responsibilities.

22 | From CGMA Magazine

Are you a scorekeeper or a business partner?
Finance leaders reveal the skills needed to deliver sustainable value to an organization.

76 | From The Tax Adviser

Deducting tickets to sporting events
For an employer to claim a deduction, an employee must engage in a bona fide business transaction during the event on behalf of the employer and meet several other requirements.

78 | Tax Practice Corner

Health reform prohibits most reimbursement plans
Transition relief continues through 2015 for S corporation 2% shareholder-employees, but stand-alone health

reimbursement arrangements and employer payment plans can be subject to penalties.

82 | Tax Matters

- IRS issues final portability rules for estate tax exemptions* 
Trade act includes tax provisions 
Head-of-household return may be amended to married filing jointly after a petition to Tax Court 
Auto dealer stumbles on LIFO termination reversal
Whistleblowers' claims not untimely, Tax Court holds
Tax Court to reconsider its previous denial of stockholders' transferee liability
Employment tax returns lag in e-filing
ABLE accounts get prop. regs.

102 | Expanding Your App-titude

iTunes U offers huge catalog of free college-level courses
AGOGO allows you to listen to music, news, and podcasts you care about
Access audiobooks via Amazon's Audible

106 | Technology Q&A

This month's column features an extensive look at cloud accounting systems, plus search engine filters, presentation hardware, a warning about Facebook "likes," and two Outlook tips.

112 | Inside AICPA

Where to Turn

116 | The Last Word

Lisa J. Cines, CPA, CGMA, the regional partner in charge of business development and marketing at Dixon Hughes Goodman LLP in Rockville, Md., says CPAs need to find their niche and know it well.



SPECIAL FOCUS REPORT

Effortless payroll service offerings
Experts explain how payroll providers can help CPAs help their clients.

PAGE 91

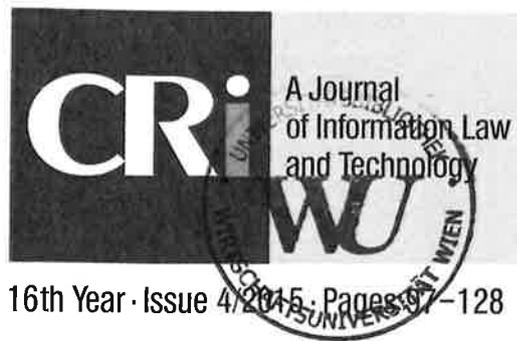
CPE DIRECT

Another major benefit for JofA readers
Stay current through the JofA and earn CPE credit based on JofA articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year.
Quarterly CPE Direct study guides combine JofA articles with supplementary materials and exams.
An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit cpa2biz.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.

ON THE COVER: ILLUSTRATION BY PRETTYVECTORS/ISTOCK; ON THE PREVIOUS PAGE: TOP: ILLUSTRATION BY ANDSIM/ISTOCK; MIDDLE: FROM LEFT: ILLUSTRATION BY RETROCKET/ISTOCK; ILLUSTRATION BY ASKOLD ROMANOV/ISTOCK; PHOTO BY BROSTOCK/ISTOCK; PHOTO BY UNIBALL/ISTOCK; BOTTOM: FROM LEFT: ILLUSTRATION BY SHWENDU JAUHARI/ISTOCK; IMAGE BY CSA-PRINT/ISTOCK/ISTOCK; ON THIS PAGE: PHOTO BY ELI MEIR KAPLAN/AP IMAGES



New at www.cr-international.com:

Approval by EU Council on 8 July 2015
of Trilogue-Deal on Lower Roaming
Charges and Net Neutrality

16th Year · Issue 4/2015 · Pages 97–128

Editorial Board

Prof. Dr. Thomas Dreier, M.C.J.,
University of Karlsruhe
Dr. Jens-L. Gaster, principal administrator, Brussels
RA Thomas Heymann, Frankfurt/M.
Prof. Dr. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.,
Max-Planck-Institute and University of Munich
Prof. Raymond T. Nimmer, University of Houston
Attorney at Law Holly K. Towle, J.D., Seattle
Attorney at Law Thomas Vinje, Brussels

Articles

- Silvestre Tandeau de Marsac/Sandy Duret* – **Virtual Currencies: The Different Regulatory Approaches Around The World** How international cooperation could improve the security of VCs market 97
- Armijn Hemel* – **Tooling for Open Source Software License Compliance** How open source software can be detected in source code and binary code 101
- Peter Blume* – **Personal Data in Archives** A Danish masterclass on the complexity of privacy in a digital world 106

Correspondents

Attorney at Law Sakari Aalto (Finland)
Attorney at Law Jonathan Band (USA)
Prof. Dr. Janusz Barta (Poland)
Abogado Enrique J. Batalla (Spain)
John P. Beardwood (Canada)
DDr. Walter Blocher (Austria)
Prof. Peter Blume (Denmark)
Avvocato Gabriel Cuonzo (Italy)
Dr. Jens-L. Gaster (EU)
Prof. Ysolde Gendreau (Canada)
Dr. Lucie Guibault (Canada/Netherlands)
Avocat Dr. Martin Hauser (France)
Prof. Dr. Rosa Julia-Barcelo (Spain)
Attorney at Law Charles H. Kennedy (USA)
Dr. Stanley Lai (Singapore)
Prof. Ian Lloyd (UK)
RA Prof. Dr. Michail Marinou (Greece)
Prof. Dr. Ryszard Markiewicz (Poland)
Ken Moon (New Zealand)
Prof. Raymond T. Nimmer (USA)
Advogado Manuel Oehen Mendes (Portugal)
Prof. Jerome Reichman (USA)
Luis C. Schmidt (Mexico)
Harry Small (UK)
Prof. Alain Strowel (Belgium)
Avvocato Pietro Tamburini (Italy)
Attorney at Law Thomas Vinje (USA, EU)
Prof. Coenraad J. Visser (South Africa)
Prof. Dr. Rolf H. Weber (Switzerland)
J.T. Westermeier (USA)
Neil J. Wilkof (Israel)
Jamie Wodetzki (Australia)

Case Law

- EU:** Abuse of Dominant SEP Proprietor's Position By Suit For Prohibitory Injunction Against Alleged Infringer – *Huawei Technologies Co. Ltd v. ZTE Corp. et al.* – CJEU – decision of 16 July 2015 110
- EU:** Liability for Potentially Defective Products – *Boston Scientific Medizintechnik GmbH v. AOK Sachsen-Anhalt (C-503/13)*, *Betriebskrankenkasse RWE (C-504/13)* – CJEU – decision of 5 March 2015 114
- EU:** No reduced Tax Rate for Supply of Digital or E-Books – *European Commission v. French Republic* – CJEU – decision of 5 March 2015 115
- EU:** Scope of Exhaustion of Distribution Rights for Copyrighted Material – *Art & Allposters International BV v. Stichting Pictoright* – CJEU – decision of 22 January 2015 117
- UK:** Invalidity of National Data Retention Regulations – *The Queen v. The Secretary of State for the Home Department* – High Court of Justice, Queen's Bench Division – decision of 17 July 2015 – Summary & Comment by Lloyd 119
- USA:** Control Over "Likes" to A Facebook Fanpage – *Stacey Mattocks v. Black Entertainment TV LLC* – District Court for the Southern District of Florida – decision of 20 August 2014 121

versicherer rundschau

WU
D3-Z 254

Zeitschrift für das Versicherungswesen

Juli/August 2015 7-8 | 15

Unfallursache Ablenkung: Herausforderung der Zukunft!

magazin

Editorial

Unter Solvency II sind die Eigenmittel eine sich ständig verändernde Größe

IDB: Chancen gewährt

Stabile Entwicklung am slowakischen Versicherungsmarkt
mit Chancen in der Pensionsvorsorge

Interview mit Jozefina Žáková, SLASPO

International

Meldungen

altersvorsorge

Die UGB/VAG-Bilanz unterliegt weiterhin dem Vorsichtsprinzip,
doch enthält das neue Unternehmensgesetzbuch Elemente aus der IFRS-Welt

gesundheitsvorsorge

Genetische Analysen und Versicherung –
Verfassungsrechtliche Aspekte des § 67 GTG

wissenschaft

Internationales Symposium für Versicherungsmakler und Führungskräfte
von Versicherungsunternehmen: Pension Warum? Provision (1. Teil)

Mit Beiträgen von: Khol, Sarrazin, Münz, Pinggera und Thirring

rechtsprechung

969: Feuer: Die Verzinsung der Schadensumme bis zur Auszahlung

seminare

Informationspflichten in der Lebensversicherung

Wege zur erfolgreichen Abwicklung von komplexen Personenschäden

Managerhaftung und Versicherungsschutz

inhalt

ABOSERVICE E-Mail: vvg@inode.at
Online-Ausgabe mit Archiv ab 1993: www.versicherungsrundschau.at

magazin Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

Editorial	03
TITEL	
Unfallursache Ablenkung: Herausforderung der Zukunft!	04
Was kann gegen Ablenkung als häufigste Unfallursache 2014 getan werden?	
Pilot oder Passagier?	08
Die moderne Technik wird es zukünftig dem Fahrer ermöglichen, sich für eine der beiden Situationen zu entscheiden	
Unter Solvency II sind die Eigenmittel eine sich ständig verändernde Größe	
IDD: Chancen gewahrt	13
Ab 2018 unterliegt der Versicherungsvertrieb innerhalb der EU teilweise neuen Regeln. Bis dahin sind noch wesentliche Details zu klären.	
International: Stabile Entwicklung am slowakischen Versicherungsmarkt mit Chancen in der Pensionsvorsorge:	17
Interview mit Jozefína Žáková, Generalsekretärin des slowakischen Versicherungsverbandes SLASPO	
International	19
Bilaterales Treffen mit dem Slowakischen Versicherungsverband	
Meldungen	20
Strafrechtsreform bringt wichtige Klarstellung Universitätslehrgänge	

altersvorsorge Redaktion: christina.wuehrer@vvo.at

Die UGB/VAG-Bilanz unterliegt weiterhin dem Vorsichtsprinzip, doch enthält das neue Unternehmensgesetzbuch Elemente aus der IFRS-Welt

gesundheitsvorsorge Redaktion: ulrike.braumueller@vvo.at

Genetische Analysen und Versicherung – Verfassungsrechtliche Aspekte des § 67 GTG

wissenschaft Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

Khol, Paradigmenwechsel in Österreich und Europa. Wie sicher ist unsere Zukunft?	37
Festvortrag beim Maklersymposium in Velden	
Sarrazin, Risse im Europäischen Haus	41
Ursachenforschung nach Gründen für die Mängel am Europäischen Bauwerk	
Münz, Das graue und das bunte Österreich – Demografische Herausforderungen im 21. Jahrhundert	47
Prognose für morgen: alternde Gesellschaft	
Pinggera, Die gesetzliche Pensionsversicherung – ein Ausblick	52
Aktuelle Entwicklungen in der gesetzlichen Pensionsversicherung	
Thirring, Vorsorge aus Sicht der privaten Versicherungswirtschaft	58
Abschlussprovision zur Sicherung der privaten Vorsorge ist notwendig	
Khol, Impulsreferat zur Podiumsdiskussion zum Thema „Vorsorge“	60
Pensionisten sehen „Vorsorge“ ganzheitlich	
Rechtsprechung	63
969. Feuer: Die Verzinsung der Schadensumme bis zur Auszahlung	
Für Sie gelesen Impressum	65
Seminare Oktober 2015	66



FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT
26. Jg. Heft 09, September 2015

Zitiervorschlag:
ecolex 2015, Seite
ecolex 2015/Nummer

HERAUSGEBER:
Hon.-Prof. Dr. G. KUČSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Philip VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:
Univ.-Prof. DDr. W. BARFUSS

Sen.-Präs. d. VwGH Dr. L. BUMBERGER
Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Univ.-Prof. Dr. H. KREJCI
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. DDr. H. MAYER
Univ.-Prof. HR Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRÄMML
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTFLEITUNG:
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:
Univ.-Ass. Mag. A. BALTHASAR
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR ao. Univ.-Prof.
Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER

MMag. Dr. K. H. HILBER, StB
Univ.-Ass. Mag. M. HÖCHER
Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. I. MOSER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNEN
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Dr. Ch. SCHUMACHER, LL.M., RA
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. St. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Dr. M. WOLLER, RA
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL.M., RA

STEUERREFORM 2015/2016

Steuerreform 2015: GrEST Roman Thunshirn	732
Wirtschaftsstandort Österreich – Erhöhung der Forschungsprämie auf 12% Herbert Kovar / Jan-Martin Freese / Florian Laure	736
Verluste bei kapitalistischen Mitunternehmern Daniel Varro	738
Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz (GMSG): Meldung österr Konten an 61 teilnehmende Staaten ab 2017/2018 Lilly Kunz	743
Meldepflichtige Kapitalzuflüsse aus der Schweiz und Lichtenstein nach dem Kapitalabfluss-Meldegesetz Alexander Lang	746

EDITORIAL

Aufklärung über den negativen Marktwert des Zinsen-Swap-Vertrags – BGH 28. 4. 2015, XI ZR 378/13 etc Georg Wilhelm	729
Impressum	U3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

Rauchen fügt Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung Schaden zu! Christina Buchleitner / Ljubica Mrvošević	748
Psychische Begleiterkrankungen in der Betriebsunterbrechungsversicherung – Zugleich Besprechung der Entscheidung des OGH 7 Ob 137/14 v Gunter Ertl	752
Keine geltungserhaltende Auslegung von AGB auch im Individualverfahren Max Leitner	754
OGH 22. 4. 2015, 4 Ob 64/15 p	756
OGH 23. 4. 2015, 1 Ob 59/15 f	756
OGH 9. 4. 2015, 7 Ob 30/15 k	756
OGH 24. 3. 2015, 8 Ob 62/14 x	757
OGH 18. 3. 2015, 3 Ob 20/15 k	757
LG Innsbruck 9. 7. 2015, 41 Cg 20/15 g	757
LG St. Pölten 17. 7. 2015, 3 Cg 7/15 w	758
OGH 19. 3. 2015, 6 Ob 35/15 p	758
OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 132/14 x	759
OGH 9. 4. 2015, 7 Ob 103/14 v	760
OGH 24. 3. 2015, 10 Ob 21/15 h	760
OGH 24. 3. 2015, 4 Ob 4/15 i	760
OGH 13. 5. 2015, 2 Ob 88/14 a	761
OGH 9. 4. 2015, 2 Ob 31/15 w	761
OGH 8. 6. 2015, 2 Ob 59/15 p	762
OGH 20. 3. 2015, 9 Ob 26/14 k	763
OGH 24. 3. 2015, 5 Ob 227/14 i	764
OGH 19. 2. 2015, 6 Ob 145/14 p	764
OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 208/14 y	764
OGH 26. 11. 2014, 7 Ob 171/14 v	765
OGH 26. 11. 2014, 7 Ob 193/14 d	765
OGH 17. 9. 2014, 7 Ob 137/14 v	766
OGH 26. 11. 2014, 7 Ob 195/14 y	767
OGH 10. 12. 2014, 7 Ob 185/14 b	767
OGH 5. 11. 2014, 7 Ob 177/14 a	767

- Nichtgenehmigung einer Erteilungsklage 756
- Enteignungsentschädigung: Betrachtung des „Gesamtvermögens“ 756
- Räumungsklage nach Rücktritt vom Bauträgervertrag 756
- Eigentumsfreiheitsklage versus Feststellungsklage 757
- Konkludenz im Mietrecht (und überhaupt) (Georg Wilhelm) 757
- Kreditbearbeitungsgebühren – Nebenleistung iSd § 879 Abs 3 ABGB 757
- Kreditbearbeitungsgebühr – keine Nebenleistung iSd § 879 Abs 3 ABGB 758
- Hafrücklass-Garantie 758
- Mangels Gleichartigkeit kein Deckungskauf, aber Ersatz des verhältnismäßigen Rettungsaufwands? (Marie Fritzer) 759
- Wasserschäden sind Mangelfolgeschäden 760
- Warnpflichtverletzung und Mitverschulden des Werkbestellers 760
- Habituelle Untüchtigkeit eines Besorgungshelfen (L. M.) 760
- Überholende Kausalität: Bevorstehende Generalsanierung als Reserveursache 761
- Billigkeitshaftung eines minderjährigen Radfahrers (Thomas Schoditsch) 761
- Voraussetzungen der Halterhaftung bei Schwarzfahrt (Thomas Schoditsch) 762
- Haftung für fehlerhafte Ad-hoc-Publizität 763
- Urkundenfälschern ersetzen Notariatsakt 764
- Online-Zeitung: Redaktionsgeheimnis bei Postings? 764
- Grundstücksmiere zur Errichtung eines Superädifikats – Kündigungsschutz? 764
- Haftpflichtversicherung der Tätigkeit eines Tourenführers (Gunter Ertl) 765
- Rechtsschutzversicherung: „Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen des Versicherungsnehmers“ 765
- Betriebsunterbrechung – Risikoausschluss bei psychischen Folgeerkrankungen 766
- Frist für die Neubemessung der Unfallrente 767
- Holzkiste als Schatztruhe 767
- Offenlassen von Formularfragen in der Kaskoversicherung 767

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT

Vorteilsbegriff und äquivalente Gegenleistung im Korruptionsstrafrecht – eine Präzisierung Hubert Hinterhofer	770
--	-----

DISPUTE RESOLUTION

Feste Geschäftsverteilung wackelt im Überlastungsfall Christian Piska / Nikolaus Wieser	771
--	-----

Der Wettlauf ist eröffnet – Die <i>Nortel</i> -Entscheidung des EuGH Stephan Madaus		775
OGH 19. 3. 2015, 6 Ob 178/14s	• Nachtragsliquidation über eine gelöschte englische Limited in Österreich? (<i>Christoph Thole</i>)	778
OGH 19. 5. 2015, 4 Ob 42/15b	• Zur Reihung von Aufrechnungseinreden durch das Gericht	779
OGH 27. 5. 2015, 8 Ob 12/15 w	• Bekämpfung eines Zahlungsbefehls nur durch Einspruch	779
OGH 18. 3. 2015, 3 Ob 202/14 y	• Heranziehung des Grundbuchstands zur Beurteilung des Meistbots	780
OGH 20. 5. 2015, 3 Ob 70/14 m	• Zum Wertausgleich nach durchgeführtem Verteilungsverfahren	780
OGH 28. 4. 2015, 8 Ob 37/15 x und 8 Ob 36/15 z	• Ausscheidungsbeschluss: Insolvenzgläubiger nicht subsidiär rekursberechtigt	780
EuGH 16. 4. 2015, C-557/13	• Fristen im deutsch-österreich Anfechtungsverkehr und Art 13 EuInsVO (<i>Paul Oberhammer</i>)	781
OGH 8. 6. 2015, 2 Ob 71/15 b	• Tatbestandswirkung im Haftungsprozess?	783
GESELLSCHAFTSRECHT		
Wegfall von Ansprüchen aus List wegen Weiterveräußerung? Michael Lind / Markus Reinfeld		784
OGH 19. 3. 2015, 6 Ob 63/14 d	• Abnahmeverpflichtung eines GmbH-Geschäftsanteils nach Beendigung des Treuhandverhältnisses	787
BGH 27. 1. 2015, KZR 90/13	• BGH „Dentalartikel“: Erwerber gilt auch bei kartellrechtswidrigem Anteils- erwerb als Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft	788
OGH 27. 4. 2015, 6 Ob 90/14 z	• Kein Auflösungsanspruch für Haftrücklage gem § 23 Abs 6 BWG bei vereinfachter Kapitalherabsetzung	789
OGH 27. 4. 2015, 6 Ob 230/14 p	• Privatstiftung verliert Rechtspersönlichkeit erst durch Löschung im FB	791
WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT		
Der EuGH, die Verbreitung und die Erschöpfung Christian Handig		791
OGH 24. 3. 2015, 4 Ob 24/15 f	• Irreführung im Zusammenhang mit Verbraucherschutzgesetzen (<i>Dominik Hofmarcher</i>)	794
OGH 17. 2. 2015, 4 Ob 26/15 z	• Zur Schadensschätzung nach § 273 ZPO bei UWG-Verstoß (<i>Adolf Zemann</i>)	795
OGH 22. 4. 2015, 4 Ob 226/14 k	• Leerkassettenvergütung für „Musik-Handys“ (<i>Dominik Thompson</i>)	796
OGH 24. 3. 2015, 4 Ob 206/14 v	• Zur Bestimmung von wesentlichen Teilen einer Datenbank (<i>Bernhard Tonninger</i>)	798
OGH 22. 4. 2015, 4 Ob 57/15 h	• Rechtserhaltende Benutzung einer Gemeinschaftsmarke (<i>Christian Schumacher</i>)	799
EuGH 25. 6. 2015, C-147/14	• Berücksichtigung fremdsprachiger Verkehrskreise bei der markenrechtlichen Verwechslungsgefahr (<i>Christian Schumacher</i>)	800
ARBEITSRECHT		
Betriebsratsbefugnisse und Kostentragung der Betriebsrats Tätigkeit Klaus Mayr		801
OGH 28. 4. 2015, 8 ObA 28/15 y	• Kündigung wegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei Betriebsübergang	804
OGH 27. 5. 2015, 8 ObA 17/15 f	• Mandatsschutz eines Betriebsratsmitglieds	805
OGH 28. 5. 2015, 9 ObA 55/15 a	• Bezahlung nach tatsächlich ausgeübter Tätigkeit	806
OGH 29. 4. 2015, 9 Ob 10/15 h	• Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bei Betriebspension	806
OGH 29. 4. 2015, 9 ObA 38/15 a	• Ausbildungsübertritt eines Lehrlings	807
STEUERRECHT		
EuGH-Rechtsprechungsübersicht: Neues zur Umsatzsteuer Jasmin Kollmann / Laura Turcan / Draga Turic / Karoline Spies		808
VwGH 30. 4. 2014, Ra 2014/15/0015	• „Kleine Vermietung“ und Liebhaberei aus umsatzsteuerlicher Sicht (<i>Max Sedlacek</i>)	813
EuGH 16. 7. 2015 verb Rs C-108/14 und C-109/14	• Der EuGH besiegelt das Ende der umsatzsteuerlichen Organschaft in Österreich (<i>Sophia Walcher/Max Sedlacek</i>)	814
BFG 1. 7. 2015, RV/1100322/2012	• Vorliegen von Bezügen iSd Art 19 Abs 1 DBA Liechtenstein (<i>Nadine Oberbauer</i>)	816
ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT		
OGH locuta, causa finita? Nochmals zum Eintragungsverfahren der Rechtsanwälte Florian Böhm-Gratzl		818
Vertrauensschutz beim Verbot von Glückspielautomaten Katrin Allram		821
Rechtsprechungsübersicht EGMR Gisela Kristoferitsch / Franziska Paefgen		824
EUROPA		
Neues aus Europa – Aktuelle Rechtsetzung und Entscheidungen der EU Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel		826
Die Entscheidung <i>Delfi</i> des EGMR: Der Einfluss der Grundrechte auf das Host-Provider-Haftungsprivileg Andreas Fötschl		827
Rechtsprechungsübersicht Europäische Gerichte Agnes Balthasar		830
EGMR (Großer Rat) 16. 6. 2015, 64569/09, <i>Delfi</i>	• Keine Verletzung der Meinungsfreiheit, keine Qualifikation als Host-Provider (Online-Nachrichtenportal), proaktive Überwachungs- und Lösungs- pflichten	832



Editorial

- 557** PETER SCHAAR
Publizistischer Landesverrat – Fremdkörper in unserer Rechtsordnung

Beiträge

- 559** MARKUS PLESSER / SEBASTIAN DWORSCHAK
Kostenpauschalen in AGB. Können Unternehmen Mahn- und Rücklastschriftkosten verursachergerecht säumigen Kunden in Rechnung stellen?
- 563** JUDITH NINK / JAN POHLE
Die Bestimmbarkeit des Personenbezugs.
Von der IP-Adresse zum Anwendungsbereich der Datenschutzgesetze
- 567** BERND HOLZNAGEL / HEINRICH BEINE
Rechtsrahmen staatlicher Breitbandförderung. Herausforderungen für Bund, Länder und Kommunen im „Regelungsgestrüpp“
- 572** MELANIE LANGBAUER / SABINE RIPEL
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk – ein Auslaufmodell? Kritische Anmerkungen zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF

Rechtsprechung

- eCommerce **577** OLG Stuttgart: Schadensersatz wegen Preismanipulation bei eBay-Auktion
Urteil vom 14.4.2015 – 12 U 153/14
- 582** LG Frankfurt/M.: „Sofortüberweisung“ ist keine zumutbare
Bezahlungsmöglichkeit
Urteil vom 24.6.2015 – 2-06 O 458/14
- 584** AG Neumarkt: Beitragsforderung einer Online-Partnerbörse nicht einklagbar
Urteil vom 27.7.2014 – 1 C 332/14
- 585** EuGH: Beweisregeln beim Verbrauchsgüterkauf
Urteil vom 4.6.2015 – C-497/13 – Faber (Ls.)
- Wettbewerbs- und Kennzeichenrecht **586** BGH: Werbung mittels irreführender Blickfangangaben – Schlafzimmer
komplett
Urteil vom 18.12.2014 – IZR 129/13 m. Anm. REHART
- 591** OLG Frankfurt/M.: Opt-in-Erfordernis für fakultative Zusatzleistungen bei
Flugbuchungen
Urteil vom 9.4.2015 – 6 U 33/14
- 593** OLG Köln: Irreführende Angaben über Datenübertragungsraten auf
YouTube-Video – Breitbandausbau
Urteil vom 27.3.2015 – 6 U 134/14
- 595** OLG Düsseldorf: Neukunden-Akquise mit Falschangaben
Urteil vom 13.11.2014 – I-15 U 55/14
- 596** LG Stuttgart: Wettbewerbswidrige Vermittlung von Taxifahrten durch
Taxi-App
Urteil vom 16.6.2015 – 44 O 23/15 KfH
- 597** LG Aachen: Irreführung über Neuheit einer Ware bei eBay-Auktionsangebot
Urteil vom 13.1.2015 – 41 O 60/14
- Immaterialgüterrecht **599** EuGH: Verpflichtung zur Erteilung von Lizenzen an Dritte zu
FRAND-Bedingungen
Urteil vom 16.7.2015 – C-170/13 – Huawei/ZTE m. Anm. DAHM
- 604** EuGH: Umfang des Verbreitungsrechts an einem Schutzgut in Bezug auf
dessen Bewerbung
Urteil vom 13.5.2015 – C-516/13 – Dimensione Direct Sales und Labianca

- 605** BGH: Unwesentliches Beiwerk bei öffentlicher Abbildung im Internet – Möbelkatalog
Urteil vom 17.11.2014 – I ZR 177/13
- 608** OLG Hamburg: AGB-Kontrolle bei Online-Bezahldienst – PayPal
Urteil vom 24.4.2015 – 1 U 185/14
- 610** OLG Köln: Kein Auskunftsanspruch nach § 101 Abs. 2 UrhG nach Nutzungsrechtsübertragung
Beschluss vom 17.4.2015 – 6 W 14/15
- 611** LG Hannover: Grenzen der sekundären Darlegungslast in Filesharing-Fällen
Urteil vom 15.8.2014 – 18 S 13/14
- 612** AG Bocholt: Haftung des Anschlussinhabers bei missbräuchlicher Nutzung von Mehrwertdiensten
Urteil vom 13.11.2014 – 4 C 26/14
- 614** EuGH: Internationale Zuständigkeit bei Markenverletzung durch mehrere Beteiligte
Urteil vom 5.6.2014 – C-360/12 – Coty Germany (Ls.)
- 614** BGH: Internationale Zuständigkeit im Wettbewerbsrecht – Parfümflakon III
Urteil vom 27.11.2014 – I ZR 1/11 (Ls.)
- 614** OLG Frankfurt/M.: Anmaßung einer Lizenzierungsberechtigung ist keine Urheberrechtsverletzung
Urteil vom 5.11.2013 – 11 U 92/12 (Ls.)
- 614** LG Hamburg: Ausgleichsanspruch bei rückwirkender Reduzierung urheberrechtlicher Gerätetarife
Urteil vom 11.2.2015 – 408 HKO 59/12 (Ls.)
- 615** EuGH: Sozialtarif nicht auf mobile Kommunikationsdienste anwendbar
Urteil vom 11.6.2015 – C-1/14
- 617** EuGH: Konsolidierungsverfahren bei Streitigkeiten zwischen TK-Unternehmen
Urteil vom 16.4.2015 – C-3/14
- 620** OLG München: Störerhaftung des Betreibers eines Ärztebewertungsportals
Beschluss vom 17.10.2014 – 18 W 1933/14
- 621** AG Horb a.N.: Haftung des Anschlussinhabers für Minderjährige bei ungewollten Verbindungsentgelten
Urteil vom 28.10.2014 – 1 C 257/14 m. Anm. SCHAAL
- 624** OLG Hamm: Frühere Autorentätigkeit auf einer verbraucherfreundlichen Internetplattform kein Befangenheitsgrund
Beschluss vom 26.2.2015 – 1 W 86/14 (Ls.)
- 624** AG Osnabrück: Vertragsschluss bei Mobilfunkvertrag ohne Preisangaben
Urteil vom 15.4.2015 – 47 C 244/14 (Ls.)
- 624** BVerwG: Beurteilungsspielraum der BNetzA bei der Vergleichsmarktbetrachtung nach dem TKG
Beschluss vom 10.12.2014 – 6 C 16.13 (Ls.)
- 624** VG Karlsruhe: Folgekostenpflicht für die Verlegung von TK-Linien
Urteil vom 29.4.2015 – 4 K 1272/13 (Ls.)
- 624** VG Karlsruhe: Internet-Poker als Glücksspiel
Urteil vom 12.2.2015 – 3 K 3872/13 (Ls.)

III Inhalt**V–XIV MMR-Fokus****XIV Impressum****Beilagenhinweis**

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen von:

Verlag C.H.BECK, München

Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln

Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik e.V. (DGRI)

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Kündigungsschutz bei Verkauf von Genossenschaftswohnungen	545
Installation vermietereigener Rauchwarnmelder (BGH)	546
Gemeinschaftsbezogene Mängelansprüche bei Wohnungskauf (BGH)	546
Verjährungshemmung bei Güteverfahren: Immobilienfondsanleger (BGH)	547
Mietpreisbremse am Rhein	547
Kulturgut/Denkmal, steuerbegünstigt	547

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Darlegungs- und Beweislast bei Arbeitsplatzverlust (OLG Hamburg)	548
Lebensstellung des nichtehelichen betreuenden Elternteils (BGH)	548
Haftung für gemeinsame Verbindlichkeiten nach der Scheidung (OLG Brandenburg)	549
Verwendung von Sparguthaben minderjähriger Kinder (OLG Frankfurt a.M.)	550
Vorehezeitliche Anrechte im Versorgungsausgleich (OLG Stuttgart)	550

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Das Europäische Nachlasszeugnis	551
Grundstückskauf durch Testamentsvollstrecker ohne Genehmigung (OLG Karlsruhe)	552
Grabstättengestaltung nur bei wirksamem Belegungsplan rechtswidrig (VG Berlin)	552

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Geschätzte Reparaturkosten über 130 % des Wiederbeschaffungswertes (BGH)	553
Fahrdienst von Familienmitgliedern zu Sportveranstaltungen (BGH)	554
Mangelhafte Beweiswürdigung durch das Erstgericht (OLG München)	554
Sekundäre Darlegungslast im Entwendungsfall (OLG Celle)	555

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>K. Luther</i> , Baurechtliche Anforderungen an Siedlungen für autofreies Wohnen	556
Keine Bedenkenhinweispflicht bei unwirtschaftlicher Planung (OLG Dresden)	557
Abnahme der Nachunternehmerleistung durch Inbetriebnahme (OLG Brandenburg)	558
Mehrvergütungsanspruch bei unzutreffend beschriebenem Baugrund (OLG Zweibrücken) ...	558

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

Parteifähigkeit einer gelöschten GmbH (BGH)	559
Beschränkung der Vertretungsmacht des Vereinsvorstands (OLG Nürnberg)	559
Keine Beendigung der Liquidation bei laufenden Steuerverfahren (OLG Hamm)	560
Dingliche Unbestimmtheit eines Spaltungsvertrags (OLG Celle)	560
Entlastungssperre bei erheblichen Gesetzes- oder Satzungsverstößen (OLG München)	561

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

P. Dworski/S. Sura, Grenzen individualvertraglicher Klageverzichtvereinbarungen 562
 Kürzung des Urlaubs wegen Elternzeit – Aufgabe der Surrogatstheorie (BAG) 563
 Wirksamkeitsvoraussetzungen der Kündigung eines Werkstattvertrags (BAG) 564
 Schulung des Betriebsrats zum Thema Mobbing (BAG) 564

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Gegenstandswert bei Aufhebung des Insolvenzverfahrens (BGH) 565
 Beweislast für nachträgliche Wertschöpfung bei Insolvenzanfechtung (BGH) 565
 Insolvenzgerichtliches Vorprüfungsverfahren für Insolvenzplan (BGH) 566
 Beitragsbescheid als Masseverbindlichkeit (VG Düsseldorf) 567

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

M. Schlund, Korruption im Gesundheitswesen: Strafbarkeit von Vertragsärzten 568
 Verwertbarkeit von Beinahetreffern bei einem Reihengentest (BVerfG) 569
 Qualifizierte Belehrung bei richterlicher Zeugenvernehmung (BGH) 569
 Geldwäsche bei Giralgeld aus vermischten Einkunftsquellen (BGH) 570

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Vergleich über Hauptsache im einstweiligen Anordnungsverfahren (OLG Köln) 571
 Keine Antragstellerhaftung des Anspruchsgegners im Mahnverfahren (OLG Koblenz) 571
 Aktenversendungspauschale bei Teilversendungen (BSG) 572
 Isolierte Festsetzung von Zinsen auf Kostenerstattungsforderungen (SG Berlin) 572
 Höhe der fiktiven Terminsgebühr in sozialgerichtlichen Verfahren (SG Dresden) 573

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

M. W. Huff, Der beleidigende Rechtsanwalt 574
 Unzulässiges Rechtsberatungsangebot durch ehemalige Richter (LG Hamburg) 575
 Unzulässige Überwachung von niederländischen Anwaltskanzleien 575

ISSN 1613-4621

NJW Spezial
Die wichtigsten Informationen
zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:
 Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*,
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt
 a.M., Postanschrift: Postfach 110241,
 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (069)
 75 60 91-0, Telefax: (069) 75 60 91-49.
 E-Mail: njw@beck-frankfurt.de
 Internet: www.njw.de

Redaktion:
 Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Ver-
 kehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias*
Freudenberg (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinzki* (Anwalt und
 Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth*
 (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas*
Kappus (Miet- und Immobilienrecht);
 Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömk*
er (Erbrecht und Schlussredaktion);
 Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M.
 (Verfahrens- und Kostenrecht sowie
 Koordination); Rechtsanwalt *Prof. Dr.*
Achim Schunder (Arbeitsrecht); Rechts-
 anwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-
 recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch*
 (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin*
Weber (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in die-
 ser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
 sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt

auch für die veröffentlichten Gerichts-
 entscheidungen und ihre Leitsätze, denn
 diese sind geschützt, soweit sie vom
 Einsender oder von der Schriftleitung
 erarbeitet oder redigiert worden sind.
 Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber
 Datenbanken und ähnlichen Einrichtun-
 gen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf
 außerhalb der engen Grenzen des Urhe-
 berrechtsgesetzes ohne schriftliche Ge-
 nehmigung des Verlags in irgendeiner
 Form vervielfältigt, verbreitet oder öf-
 fentlich wiedergegeben oder zugänglich
 gemacht, in Datenbanken aufgenom-
 men, auf elektronischen Datenträgern
 gespeichert oder in sonstiger Weise
 elektronisch vervielfältigt, verbreitet
 oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelm-
 str. 9, 80801 München, Postanschrift:
 Postfach 40 03 40, 80703 München, Tele-
 fon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81
 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-
 8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise:
 Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2015:
 Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist
 im Bezugspreis von NJW enthalten.
 Jahrestitel und -register sind nur noch
 mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Wind-
 feld 15, 83714 Miesbach.

NJW-Inhalt

Aufsätze

Franz Schnauder

Die Rückabwicklung eines Realkreditvertrags nach Verbraucherwiderruf

Per Widerruf lösen sich derzeit viele Verbraucher angesichts der Niedrigzinsphase von teuren Immobilienkrediten, in der Erwartung, Zinsvorteile zu realisieren und keine Vorfälligkeitsentschädigung zahlen zu müssen. Wirtschaftlich ist dieses Vorgehen nur begrenzt sinnvoll, wie der Autor nach einer detaillierten Analyse der Rückabwicklungsfolgen zeigt.

2689

Christopher Schmidt

Regress des Scheinvaters gegen die Mutter?

Scheinväter kennen den biologischen Vater „ihres“ Kindes meist nicht und können ihn daher nicht für geleisteten Unterhalt in Regress nehmen; daher wurde ihnen ein Auskunftsrecht gegen die Mutter zuerkannt. Das BVerfG hat dem jüngst ein Ende bereitet. Regress gegen die Mutter wird also wieder relevant; der Autor erörtert mögliche Anspruchsgrundlagen.

2693

Zur Rechtsprechung

Ulrich Sittard / Luca Rawe

Der Mindestlohn und das BVerfG

(BVerfG, NJW 2015, 2242; NZA 2015, 864; BeckRS 2015, 47764)

2695

Bericht

Georg Dodegge

Die Entwicklung des Betreuungsrechts bis Ende Juli 2015

2698

Wolfgang Schlick

Die Rechtsprechung des BGH zu den öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen

2703

Forum

Andreas Jurgeleit

Sterbehilfe in Deutschland

2708

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Dokumentation	20
Elternunterhalt – wie soll es weitergehen? (H. Schürmann)		„Dieses Argument“ hat mich besonders nachdenklich gemacht“ (T. Fischer)		Rubrikenmarkt	25
Gesetzgebung	6	Standpunkt	14	web.report	28
Rechtsprechung in Kürze	6	Einwilligung für Bildnisse in Schriftform? (S. Ory)		Stellenmarkt	29
Entscheidung der Woche	10	Forum	16	Beck'sche Zeitschriften	38
Nachrichten	10	Liberalisierung des katholischen Arbeitsrechts (H. Reichold)		Buchhinweise	40
Zahlen der Woche	10	Bericht aus Brüssel	18	Personalien	42
		Kommission und Parlament befassen sich mit TTIP (H. Lörcher)		Kommendes Heft/Impressum	44

Rechtsprechung

EGMR	05.06.15 – 46043/14	Abbruch der künstlichen Ernährung und der Versorgung mit Flüssigkeit – Wachkoma	2715
BGH	02.06.15 – XI ZR 327/14	Rückabwicklung einer ohne wirksame Kontovollmacht getätigten Abhebung	2725
BGH	01.07.15 – VIII ZR 14/15	Eigenbedarf bei Mischmietverhältnis – Wohnbedarfsbestimmung durch Vermieter	2727
BGH	24.06.15 – XII ZB 98/15	Erneute Anhörung des Betroffenen im Beschwerdeverfahren	2727
BGH	10.06.15 – IV ZB 39/14	Fristen zur Anfechtung einer erbrechtlichen Anfechtungserklärung	2729
BGH	19.05.15 – II ZR 291/14	Gesellschafterhaftung bei Ausscheiden des Mitgesellschafters vor Fälligkeit der Einlage	2731
BGH	10.06.15 – IV ZR 105/13	„Textform“ in der Widerspruchsbelehrung und missbräuchliche Rechtsausübung	2733
BGH	19.03.15 – V ZB 158/14	Dingliche Klage auch bei Streit über Regelung eines Vorkaufsrechts im Kaufvertrag	2734
BGH	09.06.15 – X ARZ 115/15	Bindende Verweisung trotz übersehener Zuständigkeit – Erfüllungsort (Ls.)	2737
BGH	09.04.15 – VII ZR 36/14	Drittschutzwirkung der Konformitätsprüfung bei Medizinprodukten – Brustimplantate	2737
OLG Saarbrücken	27.04.15 – 9 WF 13/15	Aussagepflicht des Jugendamtsmitarbeiters bei Vaterschaftsanfechtung	2740
OLG Brandenburg	27.04.15 – 13 WF 85/15	Anwaltsbeordnung für den Antragsgegner im vereinfachten Unterhaltsverfahren	2741
OLG Schleswig	19.03.15 – 16 U 58/14	Umfang des Regressverzichts zwischen Gebäudeversicherer und Eigentümer	2742
AG Fulda	05.05.15 – 33 C 3/15 (C)	Erstattungsfähigkeit der Kosten einer Reparaturbestätigung (Anm. B. Heßeler)	2743
BGH	03.06.15 – 5 StR 55/15	Mangelhafte Beweiswürdigung beim Freispruch (Ls.)	2745
OLG Oldenburg	20.07.15 – 1 Ss 85/15	Strafaussetzung zur Bewährung – Erwartensklausele (Anm. A. Schiemann)	2745
VGH München	20.05.15 – 21 ZB 14.2236	Anforderungen an die waffenrechtliche Zuverlässigkeit	2747
VGH München	16.04.15 – 11 ZB 15.171	Notwendigkeit einer Internetrecherche vor Anordnung einer Fahrtenbuchauflage (Ls.)	2748
BAG	19.02.15 – 8 AZR 1007/13	Überwachung des Arbeitnehmers durch Detektiv – Entschädigung (Anm. S. Krieger)	2749
BAG	17.03.15 – 9 AZR 994/13	Schriftform bei Kündigung eines Vertrags mit Behindertenwerkstätte (Ls.)	2752

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 18/2015

Aus dem Inhalt:

- Miet- und Immobilienrecht: Kündigungsschutz bei Verkauf von Genossenschaftswohnungen
- Erbrecht: Das Europäische Nachlasszeugnis
- Baurecht: Baurechtliche Anforderungen an Siedlungen für autofreies Wohnen
- Arbeitsrecht: Grenzen individualvertraglicher Klageverzichtsvereinbarungen
- Strafrecht: Korruption im Gesundheitswesen: Strafbarkeit von Vertragsärzten
- Anwalt und Kanzlei: Der beleidigende Rechtsanwalt
- Familienrecht, Verkehrsrecht, Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Verfahrens- und Kostenrecht: Rechtsprechungsübersichten

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 305 – 344
Online | Mobile | Social Media

09 | 2015

Kurz informiert

BMF äußert sich zur Umsatzsteuer bei Sicherungseinbehalten.....	305
Freistellungsauftrag: Ab 2016 ohne Steuer-IdNr. nicht mehr gültig.....	305

Betriebsausgaben/Werbungskosten

Das häusliche Arbeitszimmer im Visier der Finanzgerichte.....	306
---	-----

Haushaltszugehörigkeit

Entlastungsbetrag für Alleinerziehende: Auf die Meldung kommt es an!.....	310
---	-----

Kapitalgesellschaften

Wichtige Änderungen bei der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen nach § 8b Abs. 2 KStG	312
--	-----

Zweites Quartal 2015

FG-Rechtsprechung kompakt: Die „Top 10“ für die Gestaltungsberatung	318
---	-----

Herstellungskosten

Dauerstreitpunkt „Anschaffungsnaher Aufwand“: Gerichte lassen hier wenig Gestaltungsspielraum.....	323
---	-----

Geschäftsführer-Versorgung

Betriebsprüfungsfalle „Pensionszusage“: Fall 2 – Wiederanlage der Ablaufleistung der RDV.....	326
--	-----

Der praktische Fall

Unentgeltliche Übertragung eines Kommanditanteils: Gesamtplan als Gefahr für die Buchwertfortführung?.....	332
---	-----

Umsatzsteuer

„Problemfall“ Reihengeschäfte: Zur Zuordnung der Warenbewegung bei einem EU-Abholfall.....	335
---	-----

Immobilienfinanzierung

Finanzierungskosten bei V+V: Gestaltungspotenzial in der Niedrigzinsphase.....	339
---	-----

ZStrR

Band/Tome

133

3

RPS

RPS

Schweizer
für Strafrecht

Revue
Suisse

Rivista Penale
Svizzera



D3-Z267

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

www.zstrr.recht.ch

Felix Bommer/Wolfgang Wohlers
Günter Stratenwerth (1924–2015)

Maria Ingold
**La responsabilité pénale d'une société mère suisse
en cas d'infraction commise au sein de la société fille
à l'étranger**

Marianne Andrist
Das Prinzip der Einheitlichkeit im Jugendstrafverfahren

Emanuel Jaggi
Die Revision des BÜPF

Maria Ludwiczak
**A la croisée des chemins du CPP et de l'EIMP –
la problématique de l'accès au dossier**

Fabienne Schober
**Der Anspruch der Öffentlichkeit auf Informationen
während des Vorverfahrens**



Stämpfli Verlag

ZStrR
RPS
RPS

Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
Revue Pénale Suisse
Rivista Penale Svizzera

Gegründet von/Fondée par/Fondata da C. Stooss 1888

www.ZStrR.Recht.ch

Herausgeber Comité de direction Comitato di direzione	<i>J. Gauthier</i> , Prof., Lausanne – <i>St. Trechsel</i> , Prof., Bern/Den Haag – <i>R. Roth</i> , Prof., Genève/Den Haag – <i>A. Donatsch</i> , Prof., Zürich/Unterengstringen – <i>P.-H. Bolle</i> , Prof., Neuchâtel – <i>K.-L. Kunz</i> , Prof., Bern – <i>M. Pieth</i> , Prof., Basel – <i>F. Riklin</i> , Prof., Freiburg – <i>J.-B. Ackermann</i> , Prof., Luzern – <i>L. Moreillon</i> , Prof., Lausanne – <i>H. Vest</i> , Prof., Bern – <i>A. Kuhn</i> , Prof., Neuchâtel – <i>A. Niggli</i> , Prof., Freiburg – <i>W. Wohlers</i> , Prof., Basel, <i>U. Cassani</i> , Prof., Genève
Redaktoren Rédacteurs Redattori	Prof. <i>Ursula Cassani</i> , Faculté de droit, Uni Mail, Boulevard du Pont-d'Arve 40, 1205 Genève Prof. <i>Wolfgang Wohlers</i> , Juristische Fakultät, Peter Merian-Weg 8, 4002 Basel
Mitarbeiter Collaborateurs Collaboratori	<i>P. Bernasconi</i> , Prof., Rechtsanwalt, Lugano – <i>B. Bouloc</i> , Prof., Paris – <i>R. Moos</i> , Prof., Linz – Dr. <i>M. Rutz</i> , a.Obergerichtsschreiberin, Liestal – <i>M. Schubarth</i> , Prof., a. Bundesrichter, Lausanne/Basel – <i>F. Sgubbi</i> , Prof., Bologna – <i>M.-A. Beernaert</i> , Prof., Louvain – <i>W. Perron</i> , Prof., Freiburg i. Br. – <i>O. Lagodny</i> , Prof., Salzburg

Die Zeitschrift erscheint jährlich in vier Heften, in der Regel im März, Juni, September und Dezember. Sie befasst sich mit Fragen aus dem Gebiet des Strafrechts und des Strafprozessrechts, des Vollzugs der Strafen und Massnahmen sowie der Kriminologie. Sie veröffentlicht nur bisher noch nicht im Druck erschienene Originalbeiträge. Die Aufnahme von Beiträgen erfolgt unter der Bedingung, dass das ausschliessliche Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung an den Stämpfli Verlag AG übergeht. Der Verlag behält sich alle Rechte am Inhalt der ZStrR vor. Insbesondere die Vervielfältigung auf dem Weg der Fotokopie, der Mikrokopie, der Übernahme auf elektronische Datenträger und andere Verwertungen jedes Teils dieser Zeitschrift bedürfen der Zustimmung des Verlags.

La Revue paraît quatre fois par an, ordinairement en mars, juin, septembre et décembre. Elle traite des problèmes de droit pénal, de procédure pénale, d'exécution des peines ou mesures et de criminologie. Elle ne publie que des articles encore inédits. L'acceptation des contributions se produit à la condition que le droit exclusif de reproduction et de diffusion passe à la maison d'édition Stämpfli SA. La maison d'édition se réserve tous les droits sur le contenu du journal ZStrR. En particulier, la reproduction par voie de photocopie, de microcopie, de reprise de supports électroniques de données, et toute autre utilisation de l'ensemble ou de partie de ce journal nécessitent l'accord de la maison d'édition.

Abonnementspreis jährlich (inkl. Onlinearchiv): Schweiz Fr. 171.- Ausland Fr. 181.-
inkl. Versandkosten und 2,5% resp. für Onlineangebote 8,0% MWSt.
Abopreis reine Onlineausgabe: Fr. 132.-

Inserate Stämpfli AG, Postfach 8326, 3001 Bern
Annonces Tel. 031 300 63 82, Fax 031 300 63 90, E-Mail: inserate@staempfli.com

Rezensionsexemplare sind an den Stämpfli Verlag AG, Postfach 5662, 3001 Bern, zu senden.
Les ouvrages pour compte rendu doivent être adressés à la Maison Stämpfli Editions SA,
case postale 5662, 3001 Berne.

Abonnements-Marketing Stämpfli Verlag AG, Periodika, Postfach 5662, 3001 Bern
Marketing abonnements Tel. 031 300 63 25, Fax 031 300 66 88, E-Mail: periodika@staempfli.com
www.staempfliverlag.com/zeitschriften

© Stämpfli Verlag AG, Bern 2015. Printed in Switzerland by Stämpfli AG, Bern
ISSN 0036-7893

Inhalt – Sommaire

Abhandlungen – Etudes

Günter Stratenwerth † (1924–2015) Von <i>Felix Bommer, Wolfgang Wohlers</i>	225
La responsabilité pénale d'une société mère suisse en cas d'infraction commise au sein de la société fille à l'étranger . Par <i>Maria Ingold</i>	228
Das Prinzip der Einheitlichkeit im Jugendstrafverfahren Von <i>Marianne Andrist</i>	258
Die Revision des BÜPF Von <i>Emanuel Jaggi</i>	276
A la croisée des chemins du CPP et de l'EIMP – la problématique de l'accès au dossier Par <i>Maria Ludwiczak</i>	295
Der Anspruch der Öffentlichkeit auf Informationen während des Vorverfahrens Von <i>Fabienne Schober</i>	318

Literaturanzeigen – Bibliographie

<i>Annelies Herzog</i> , Öffentlichkeits- und Medienarbeit des Strafverteidigers (Litigation-PR) (<i>Stephan Bernard</i>)	339
<i>Frank Bremer</i> , Strafsanktionen gegen natürliche Personen im schweizerischen Kartellrecht (<i>Wolfgang Wohlers</i>)	341

Mitarbeiter dieses Heftes – Ont collaboré à ce fascicule:

MLaw Marianne Andrist, Erlenstrasse 6, 8408 Winterthur

Prof. Dr. Felix Bommer, Universität Luzern, Frohburgstrasse 3, 6002 Luzern

MLaw Maria Ingold, Kasthoferstrasse 20, 3006 Bern

Dr. Emanuel Jaggi, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft des Kantons Bern, Besondere Aufgaben,
Amthaus, Hodlerstrasse 7, 3011 Bern

Maria Ludwiczak, Docteur en droit, Maître-assistante à l'Université de Neuchâtel et Chargée
d'enseignement à l'Université de Genève

BLaw Fabienne Schober, Else-Züblin-Strasse 42, 8047 Zürich

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Basel, Juristische Fakultät, Peter Merian-Weg 8, Postfach,
4002 Basel

D3-Z115

WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS



→ REGIONALE INTEGRATION

MIT BEITRÄGEN VON

- ULRICH BRASCHE → FRITZ BREUSS
- FRANZ FISCHLER → MICHAEL FRENKEL
- ERIKA GÜNTHER → CARSTEN HEFEKER
- PETER HILPOLD → WALDEMAR HUMMER
- JÖRG KÖNIG → CHRISTIANE KRIEGER-BODEN
- ROLF J. LANGHAMMER → FINN LAURSEN
- RENATE OHR → HARTMUT SANGMEISTER
- THERESIA THEURL → KLAUS WEYERSTRASS

Wirtschaftspolitische Blätter



→ REGIONALE INTEGRATION

2/2015
62. Jahrgang

MANZ 
WKO 
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	203
<i>Franz Fischler</i>	
Warum die regionale Integration boomt	207
SCHWERPUNKT REGIONALE INTEGRATION	
<i>Finn Laursen</i>	
Comparative Regional Integration – Different institutions, ambitions and achievements	209
<i>Peter Hilpold</i>	
Regionale Integrationsabkommen im GATT/WTO-System	227
<i>Erika Günther/Hartmut Sangmeister</i>	
Mercosur oder Totgesagte leben länger – Der schwierige Integrationsprozess im südlichen Südamerika	243
<i>Fritz Breuss</i>	
Österreich in der EU – eine Erfolgsgeschichte	255
<i>Waldemar Hummer</i>	
Österreichs Bemühungen um eine Teilnahme an der europäischen Integration von 1948 bis 2015 – Eine neutralitäts- und verfassungsrechtliche Bestandsaufnahme	265
<i>Christiane Krieger-Boden</i>	
Regionaler Strukturwandel und Kohäsion in Europa	289
<i>Jörg König</i>	
Potenziale des EU-Binnenmarkts – Ergebnisse des EU-Integrationsindexes	307
<i>Klaus Weyerstraß</i>	
Fiskalische und monetäre Aspekte der Europäischen Integration	319
<i>Theresia Theurl</i>	
Europäische Währungsunion: In der Realität angekommen	329
<i>Carsten Hefeker</i>	
Von Regeln zu Institutionen? – Die Weiterentwicklung der Europäischen Währungsunion	341
<i>Ulrich Brasche</i>	
Die Zukunft der Europäischen Integration – Reform und Richtung	353

<i>Michael Frenkel/Rolf J. Langhammer</i> Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP – Eine Diskussion möglicher Effekte und wirtschaftspolitischer Implikationen	365
<i>Renate Ohr</i> Geht die Anziehungskraft der EU verloren? – Oder: Wie groß ist die Gefahr eines Brexit?	377
Impressum	389

In diesem Heft

Schwerpunkt Steuerreform: Unternehmer müssen Entnahmen doppelt mit bis zu 63 % besteuern? (<i>Steuerinsider</i>)	1121
Schwerpunkt Steuerreform: Mitarbeiterrabatt – das neue Supersteuersparmodell (<i>Bachl</i>)	1122
Schwerpunkt Steuerreform: Der neue PKW-Sachbezug – ein ökologisches Update (<i>Schuster</i>)	1125
Schwerpunkt Steuerreform: Unionsrechtswidrigkeit des Nettosteuerabzugs nach §§ 99 ff EStG durch die Tarifreform (<i>Wenzl</i>)	1128
Liquidation und Gruppenbesteuerung (BMF-Information)	1132
Topthema: Highlights aus dem EStR-Wartungserlass 2015 (<i>Petschnigg</i>)	1133
BFG-Entscheidungen zur Familienbeihilfe	1147
Nochmals: Hinweg mit den Rechtsgebühren! (<i>Kotschnigg</i>)	1149
Das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof (<i>Renner</i>)	1154
Crowdfunding in Österreich (<i>Blöschl, Reiter</i>)	1157
Glossar (Betriebs-)Wirtschaft: Non-Profit-Organisation (NPO) (<i>Baumüller</i>)	1164
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	1167

- USt: Vorsteuerabzug
- Einkünftezurechnung
- Betriebsaufgabe
- Bescheidberichtigung

- Abgabenhinterziehung
- Notwendiges Betriebsvermögen
- Abgeleiteter Bescheid
- Wiederaufnahme von Amts wegen

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Dipl.-Kfm. Eduard Müller
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

SWL

D3-Z25



Steuer- und WirtschaftsKartei

Topthema

EStR-Wartungserlass 2015

■ Die Highlights im Überblick

Schwerpunkt Steuerreform

- Doppelte Besteuerung von Entnahmen bis zu 63 %?
- Das neue Supersteuersparmodell Mitarbeiterrabatt
- PKW-Sachbezug – ein ökologisches Update
- Unionsrechtswidrigkeit des Nettosteuerabzugs

Gebühren

- Hinweg mit den Rechtsgebühren!

Crowdfunding in Österreich

- Bilanzielle und steuerliche Aspekte

Glossar (Betriebs-)Wirtschaft

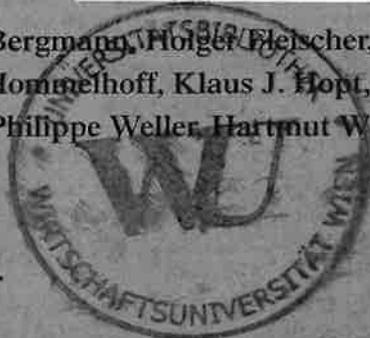
- Non-Profit-Organisation



Linde

ZEITSCHRIFT FÜR
UND GESELLSCHAFTSRECHT

HERAUSGEGEBEN von Alfred Bergmann, Holger Flescher,
Wulf Goette, Heribert Hirte, Peter Hommelhoff, Klaus J. Hopf,
Gerd Krieger, Hanno Merkt, Marc-Philippe Weller, Hartmut Wicke



D3-Z 188

Z
G
R

INHALT

Forum Europaeum on Company Groups
Eckpunkte für einen Rechtsrahmen zur erleichterten Führung von grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen in Europa
507

Benjamin E. Leyendecker-Langner
Unklare Beteiligungsverhältnisse in der GmbH - Die „Wegverschmelzung“ des tatsächlichen Gesellschafters als Gestaltungsoption
516

Moritz Pöschke
Auskunftsrechte der abhängigen Kapitalgesellschaft gegenüber dem herrschenden Unternehmen
550

Rachid René Wiersch
Die Vermutungswirkung von Gesellschafterliste und Aktienregister
591

Michael Hoffmann-Becking
Übernahme von Geldbußen gegen Vorstandsmitglieder durch die Gesellschaft - Besprechung der Entscheidung BGHZ 202, 26
618

Eckpunkte für einen Rechtsrahmen zur erleichterten Führung von grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen in Europa

FORUM EUROPAEUM ON COMPANY GROUPS*



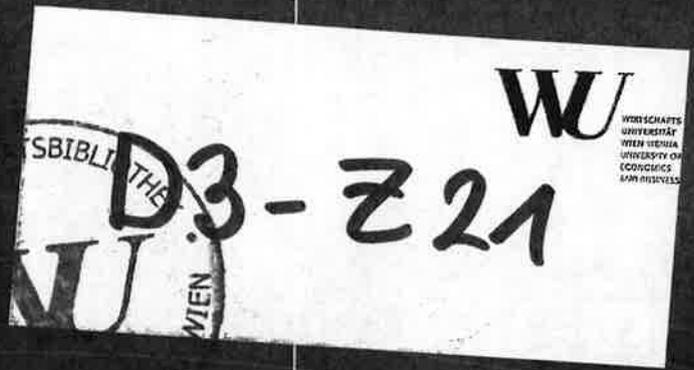
ZGR 2015, 507–515

I. Gesetzgeberischer Hintergrund	507
II. Verfasser des Vorschlags und dessen Ziele	509
III. Zwei Erscheinungsformen von Tochtergesellschaften	510
IV. Weisungsrecht der Muttergesellschaft	511
V. Servicegesellschaften	512
VI. Reguläre Tochtergesellschaften	512
VII. Systemwahl (opting in)	513
VIII. Offenlegung	514
IX. Sanktionen	514
X. Unternehmenskrise und Insolvenzverfahren	514
XI. Empfehlungen zum legislativen Vorgehen	515

I. Gesetzgeberischer Hintergrund

1. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat die Kommission zwei große Anläufe unternommen, um die Unternehmensverbindung, den Konzern mithilfe eigenständiger Bestimmungen zu regeln: Angeregt durch das deutsche Recht der verbundenen Unternehmen, aber doch auf der Grundlage eines neuen eigenen Regelungsansatzes, entwickelte die Kommission den Vorentwurf einer Neunten Richtlinie über die Verbindung zwischen Unter-

* Dem Forum gehören an: PIERRE-HENRI CONAC (Luxemburg/Paris), JEAN-NICOLAS DRUEY (St. Gallen/Basel), PETER FORSTMOSER (Zürich), MATHIAS HABERSACK (München), SØREN FRIIS HANSEN (Kopenhagen), PETER HOMMELHOFF (Heidelberg), SUSANNE KALSS (Wien), GERD KRIEGER (Düsseldorf), LOES LENNARTS (Groningen), MARCUS LUTTER (Bonn), CHRISTOPH TEICHMANN (Würzburg), AXEL VON WERDER (Berlin), EDDY WYMEERSCH (Gent); unterstützt wurde die Arbeit des Forums von LUKAS BECK (Würzburg). Für die finanzielle Fundamentierung ihrer Beratungen dankt das Forum der Thyssen-Stiftung.



BBK

17

4.9.2015

www.nwb.de

Buchführungs-Seminar

Handels- und steuerbilanzielle Konsequenzen der
Einstellung in und Auflösung von Kapitalrücklagen

Dr. Volker Endert

Lohn und Gehalt

Änderungen bei den Mindestlohn-Dokumentations-
pflichten

Günther Krüger

Bilanzierung

Teilwertabschreibungen auf das Vorratsvermögen

Rüdiger Happe

Praxisfälle zum BilRUG

Nutzungsdauer der selbst erstellten immateriellen
Vermögensgegenstände sowie des Geschäfts- oder
Firmenwerts

Wolfgang Eggert

Herausgeber:

Prof. Dr. Carsten Theile, VRiFG Bernd Rätke, RA Michael von Schubert

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

BBK

SCHNELL GELESEN

- ▶ Teilwertabschreibungen auf das Vorratsvermögen

KURZNACHRICHTEN

- Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- Buchführungs-Seminar
Handels- und steuerbilanzielle Konsequenzen der Einstellung in und Auflösung von Kapitalrücklagen
Dr. Volker Endert

- 798 Lohn und Gehalt
Änderungen bei den Mindestlohn-Dokumentationspflichten
Günther Krüger

- 802 Bilanzierung
Teilwertabschreibungen auf das Vorratsvermögen
Rüdiger Happe
▶ Kurzfassung Seite 782

PRAXISFÄLLE ZUM BILRUG

- 809 **Nutzungsdauer der selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenstände sowie des Geschäfts- oder Firmenwerts**
Wolfgang Eggert
- 816 Impressum

- | | |
|---|--|
|  Literatur |  Quelle |
|  Weblink |  Community |
|  Informationen |  Video |
|  Audio |  Berechnung |
|  Galerie |  Merksatz |
|  Siehe auch | |



Inhalt

„Für mich liegt der Schwerpunkt klar auf einem neuen Einkommensteuergesetz“

Im BFGjournal zu Gast: Mag. Christoph Schlager, Leiter der Abteilung für Steuerpolitik und Abgabenlegistik im BMF, im Gespräch mit Dr. Angela Stöger-Frank 310

Haftung für Abzugssteuer bei beschränkter Steuerpflicht

(BFG 19. 11. 2014, RV/3100049/2011 – Georg Kofler / Bernhard Renner) 312

SCHWERPUNKT

Verdeckte Ausschüttung: Rückgängigmachung und irrtümliche Vorteilszuwendung

(BFG 10. 2. 2015, RV/5100217/2013) 320

Ertragsteuerliche Behandlung von Pflichtversicherungsbeiträgen eines unentgeltlich tätig werdenden Gesellschafter-Geschäftsführers

(BFG 22. 7. 2015, RV/7103201/2011 – Wolfgang Ryda) 321

Amtsrevision: Teilabfindung des Pensionsanspruchs eines Rechtsanwalts

(BFG 16. 6. 2015, RV/7101743/2015 – Angela Stöger-Frank) 326

Ermittlung der 25%-Grenze beim Pachtzinsenabzug nach der land- und forstwirtschaftlichen Pauschalierung

(BFG 20. 5. 2015, RV/7100962/2014 – Christian Urban) 327

Unzulässig gewordener Vorauszahlungsbescheid

(BFG 18. 8. 2015, RV/7103517/2015 – Hans Blasina) 330

Behandlung von Teilwertabschreibungssiebenteln eines Gruppenmitgliedes aus Vorgruppenzeiten

(BFG 13. 7. 2015, RV/7100148/2014 – Gabriele Krafft) 333

Unternehmereigenschaft eines Gesellschafter-Geschäftsführers

(BFG 25. 6. 2015, RV/1100235/2012) 338

Vertrauen in die Richtigkeit von Rechnungsmerkmalen

(BFG 8. 4. 2015, RV/7103921/2008 – Michael Tumpe) 339

Direktvorschreibung der Kapitalertragsteuer an den Gesellschafter bei verdeckter Ausschüttung

(BFG 9. 6. 2015, RV/6100730/2011) 346

Umfang der Bemessungsgrundlage bei der ermäßigten Glücksspielabgabe

(BFG 17. 7. 2015, RV/7101620/2013 – Hedwig Bavenek-Weber) 347

Bemessungsgrundlage der Glücksspielabgabe beim Kartenpokerspiel

(BFG 26. 2. 2015, RV/3100689/2012, RV/3100690/2012) 348



D3-7103

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

4

Editorial

Inhaberschuldverschreibungen im Negativzins-
umfeld (395)

Holger Fleischer

Vergleichende Corporate Governance
in der geschlossenen Kapitalgesellschaft (404)

Tobias Tröger

Durchsetzung der Vorstandshaftung (453)

Dirk Zetzsche

Der Einfluss des Europäischen Wirtschaftsrechts
auf das Deliktsrecht (490)

Literatur (527)

Inhalt

Editorial: <i>Peter O. Mülbert</i> , Inhaberschuldverschreibungen im Negativzinsumfeld	395
--	-----

Abhandlungen

<i>Holger Fleischer</i> , Vergleichende Corporate Governance in der geschlossenen Kapitalgesellschaft	404
<i>Tobias Tröger</i> , Durchsetzung der Vorstandshaftung	453
<i>Dirk Zetzsche</i> , Der Einfluss des Europäischen Wirtschaftsrechts auf das Deliktsrecht	490

Literatur

<i>Jens Ekkenga/Henning Schröer</i> (Hrsg.), Handbuch der AG-Finanzierung (Rezensent: <i>Prof. Dr. Walter G. Paefgen</i>)	527
<i>Jörg Riehl</i> , Related-Party Transactions im deutschen und US-amerikanischen Recht der Aktiengesellschaft (Rezensent: <i>Prof. Dr. Jessica Schmidt, LL.M.</i>)	532

Verwaltungs-Archiv

Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
106. Band – Heft 3 – August 2015

Der Baum im Straßenrecht

Von Univ.-Prof. Dr. *Ulrich Stelkens*, Speyer*

I. Einführung.....	282
II. »Baumprivatrecht«	283
III. »Straßenbaumrecht«	286
1. Landesrechtliche Konkretisierungen des »Straßenbaumrechts«.....	288
2. Straßenbäume in der Straßenplanung	293
a) Straßenplanung durch Bebauungsplan	293
b) Straßenplanung durch Planfeststellung und Plangenehmigung	295
3. Straßenbäume im Naturschutzrecht	296
4. Beeinträchtigung der Nutzung von Anliegergrundstücken durch Straßenbäume.....	298
a) Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte.....	298
b) Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte	302
c) Sonderfall Baden-Württemberg?	304
5. Bepflanzung von Baumscheiben und -beeten durch Anlieger	305
6. Straßenbepflanzungen und Versorgungsleitungen.....	308
a) Folge(kosten)pfllichten	308
aa) Folge(kosten)pfllichten von Telekommunikationslinien	309
bb) Folge(kosten)pfllichten bei Leitungen, die nicht der öffentlichen Versorgung dienen.....	310
cc) Folge(kosten)pfllichten bei Leitungen, die der öffentlichen Versorgung dienen.....	312
dd) Folge(kosten)pfllichten bei Oberleitungen für Straßenbahnen und Obusse	313
ee) Besonderheiten in Berlin und Hamburg.....	314
b) Beeinträchtigungen von Versorgungsleitungen durch Baumwachstum.....	315
IV. Straße und Anliegerbaum.....	317
1. Beeinträchtigung der Straße und ihrer Nutzung durch Anliegerbäume	317
a) Geltung des privaten Nachbarrechts zur Abwehr von Straßenbeeinträchtigungen durch Anliegerbäume	318
b) Vorrangige und ergänzende straßenrechtliche Abwehransprüche wegen Straßenbeeinträchtigungen durch Anliegerbäume	319
2. Beeinträchtigung von Versorgungsleitungen durch Anliegerbäume	320
V. Fazit	321

* Prof. Dr. *Ulrich Stelkens* ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und europäisches Verwaltungsrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

integration

VIERTELJAHRESZEITSCHRIFT DES INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE POLITIK
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM ARBEITSKREIS EUROPÄISCHE INTEGRATION

38. Jahrgang 2015

3/15

INHALT

AUFSÄTZE

Michael Roth

EU-Erweiterungspolitik – Stabilitätsanker oder enttäuschte Hoffnung? Wie wir die Dynamik des Erweiterungsprozesses bewahren 193

Katrin Böttger

Die EU-Russland-Beziehungen: Rückblick und Ausblick im Zeichen der Ukraine-Krise 204

Eva Mareike Schmitt und David Kabus

Die Europäische Union als (Liberalisierungs-)Akteur in der Welthandelsorganisation – Erfolge und Zwänge 214

Peter Becker und Ronny Müller

Die Kraft der Krise – die europäische Kohäsionspolitik und ihre Reform 231

TAGUNGEN

Yvonne Braun, Tobias Herbst, Julian Plottka und Richard Steinberg

Neue Herausforderungen nach der Krise – das dritte Deutsch-Portugiesische Forum zieht Bilanz 248

ARBEITSKREIS EUROPÄISCHE INTEGRATION

Frédéric Krumbein

Freihandel versus Demokratie 258

Ansgar Belke und Gunther Schnabl

Markt versus Staat in der Europäischen Union 266

ABSTRACTS 271

CORPORA FINANCE

D3-Z15 

www.cf-fachportal.de



Finanzierung • Kapitalmarkt • Bewertung • Mergers & Acquisitions

Herausgeber: Prof. Dr. Christian Aders • Prof. Dr. Alexander Bassen • Dr. Michael Gschrei • Dr. Elisabeth Hehn • Prof. Dr. Dirk Honold (Schriftleitung) • Norbert Hentschel • Prof. Dr. Christoph Kaserer • Dr. Jens Kengelbach • Dr. Hans-Dieter Klein • Prof. Dr. Jens Leker • Prof. Dr. Reinhard Meckl • Dr. Klaus-Michael Menz • Dr. Ingo Natusch • Prof. Dr. Klaus Röder • Prof. Dr. Dirk Schiereck • Prof. Dr. Bernhard Schwetzler • Dr. Michael Wiesbrock • Dr. Sven Zeller

KAPITALMARKT

- Lilia Pasch/Ann-Kathrin Schmeling/Dennis Starke*
Wechsel vom regulierten Markt in den Freiverkehr in Deutschland – Eine Analyse der Unternehmenscharakteristika und Motive 295
- Alexander Götz/Niklas Friese*
Vorstandsvergütung im DAX und MDAX 2014 306

BEWERTUNG

- Michael Babbel*
Challenging stock prices: Aktienpreise und implizite Wachstumserwartungen 316
- Christian Zwirner/Gregor Zimny*
Kapitalisierungszinssätze in der Unternehmensbewertung – Eine empirische Analyse inländischer IFRS-Konzernabschlüsse 2014 324
- Jochen Beumer*
Implizite Marktrisikoprämien – Konsistente Ermittlung und Anwendung 330

GASTKOMMENTAR

- Dirk Schiereck*
Digitalisierung, Transparenz und Kreditkosten M1

Dipl.-Kffr. Lilia Pasch, Berlin / Ann-Kathrin Schmeling, M.Sc. / Dennis Starke, M.Sc., beide Bochum

Wechsel vom regulierten Markt in den Freiverkehr in Deutschland – Eine Analyse der Unternehmenscharakteristika und Motive

Dipl.-Kffr. Lilia Pasch ist Fachreferentin bei der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung in Berlin. **Ann-Kathrin Schmeling, M.Sc.** und **Dennis Starke, M.Sc.** sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Unternehmensrechnung von Prof. Dr. Bernhard Pellens an der Ruhr-Universität Bochum.
Kontakt: autor@cf-fachportal.de

In der jüngeren Vergangenheit ist zu beobachten, dass in Deutschland immer mehr Unternehmen mit ihrer Aktiennotierung vom regulierten Markt in den Freiverkehr wechseln (Downlisting). Eine Analyse der Downlistings zwischen 2005 und 2014 zeigt, dass insbesondere kleine Unternehmen, solche mit einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung, mit einem geringen Streubesitz und/oder einem geringen Handelsvolumen in den Freiverkehr wechseln. Ferner wird deutlich, dass die Umsetzung oftmals kurzfristig erfolgt und Kosteneinsparungen als zentraler Beweggrund angeführt werden.

I. Einleitung

Der Wechsel der Börsennotierung vom regulierten Markt in den Freiverkehr (Downlisting)¹ hat in der jüngeren Vergangenheit zunehmend an Bedeutung gewonnen. So hat bspw. die bis dato im MDAX notierte Celesio AG erst im März 2015 beschlossen, einen Antrag auf Widerruf der Zulassung der Aktien zum Handel im regulierten Markt zu stellen und die Einbeziehung in den Handel im Freiverkehr zu beantragen.² Insgesamt sind, wie sich im Rahmen nachstehender Analyse zeigt, zwischen 2005 und 2014 über 230 Unternehmen mit ihren Aktien- und Schuldtiteln vom regulierten Markt in den Freiverkehr gewechselt. Ferner spiegelt sich die Relevanz und zugleich auch die Aktualität der Thematik in den Medien wider: So titelte bspw. die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Hinblick auf den Rückzug der Unternehmen „Und plötzlich ist die Aktie verschwunden“³, während das Handelsblatt und die Wirtschaftswoche eine „Flucht vom Parkett [bzw. der] Börse“⁴ beobachten.

1 In der Literatur findet sich keine einheitliche Definition des Begriffs Downlisting. Im vorliegenden Beitrag wird unter Downlisting die Herabstufung der Wertpapiere eines Unternehmens vom Marktsegment des regulierten Markts in das Marktsegment des Freiverkehrs verstanden, ebenso Gilenke/Röder, BB 2014 S. 900; Habersack, ZHR 2012 S. 465; Heidelberg, in: Schwark/Zimmer, Kapitalmarktrechts-Kommentar, 4. Aufl. 2010, § 39 BörsG Rdn. 11; Paschos/Klaaßen, ZIP 2013 S. 154 Fn. 9; Schnaittacher/Westerheide/Stindt, WM 2012 S. 2225; Seibt/Wollenschläger, AG 2009 S. 807 Fn. 1; Stöber, BB 2014 S. 9; Wackerbarth, WM 2012 S. 2081; Wieneke, NZG 2014 S. 24.

2 Vgl. Celesio AG, Beschluss, Antrag auf Widerruf der Zulassung der Aktien zum Handel im regulierten Markt zu stellen, 2015, abrufbar unter: http://www.celesio.com/de/Investor_Relations/Publikationen/Ad-hoc-Mitteilungen_/368558.html, Abruf am 22.05.2015.

3 Mohr, FAZ, Nr. 253 vom 31.10.2014, S. 30.

4 Brächer/Schier, Handelsblatt, Nr. 7 vom 12.01.2015, S. 1 und S. 4 bzw. Gerth, WirtschaftsWoche, Nr. 16 vom 13.04.2015, S. 90.

Letztlich bleibt oftmals unklar, welche Kriterien und Motive der Entscheidung von Unternehmen im Hinblick auf einen Wechsel in den Freiverkehr zugrunde liegen. Diese Kenntnis ist jedoch insbesondere aus Sicht der Aktionäre von Bedeutung, da diese bei einem Rückzug vom regulierten Markt u.U. finanzielle Nachteile, bspw. durch einen Einbruch des Aktienkurses und/oder eine Einschränkung der Handelbarkeit der Aktien, in Kauf nehmen müssen.⁵ Darüber hinaus kommt der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Downlisting insbesondere vor dem Hintergrund der Gerichtsurteile in der jüngeren Vergangenheit entscheidende Bedeutung zu. So hat der BGH in der sog. FRoSTA-Entscheidung in 2013 letztendlich Rechtssicherheit im Hinblick auf einen Börsenrückzug geschaffen.⁶ Hiermit wurde ein Downlisting insofern vereinfacht, als dass weder ein Hauptversammlungsbeschluss noch ein verpflichtendes Abfindungsangebot an die Aktionäre erforderlich sind.⁷ Dadurch wird den Aktionären einerseits die Möglichkeit zur Mitbestimmung über ein Downlisting entzogen und andererseits die Sicherheit einer finanziellen Abfindung genommen.

Ziel des Beitrags ist es daher, sowohl Charakteristika der Unternehmen, die einen Wechsel vom regulierten Markt in den Freiverkehr vollzogen haben, herauszuarbeiten als auch die aus ökonomischer Sicht denkbaren Motive mit den seitens der Unternehmen kommunizierten Motiven zu spiegeln. Hierzu wird in Kap. II ein Überblick über die potenziellen Motive für ein Downlisting gegeben. Darauf aufbauend wird in Kap. III eine deskriptive Auswertung der zwischen Juli 2005 bis Juli 2014 durchgeführten Downlistings deutscher Unternehmen vorgenommen. Dabei stehen sowohl die Unternehmenseigenschaften als auch die Merkmale der Wechselvorgänge im Fokus der Untersuchung. Anschließend werden die seitens der Unternehmen kommunizierten Gründe für einen Wechsel in den Freiverkehr ausgewertet und den zuvor erläuterten theoretischen Motiven gegenübergestellt. Der Beitrag endet mit einem Fazit.

II. Potenzielle Motive für ein Downlisting

Grundlage der Entscheidung für einen Börsengang stellt eine Abwägung der mit der Notierung im regulierten Markt verbundenen Kosten und Nutzen dar. Im Zeitablauf unterliegt

5 Vgl. Wefers, Börsen-Zeitung, Nr. 86 vom 07.05.2015, S. 7. Auch Empirische Studien liefern Hinweise dahingehend, dass die Ankündigung eines Downlisting unter anderem mit einer negativen Kursreaktion einhergeht; vgl. für Downlistings in den USA Leuz/Triantis/Wang, Journal of Accounting and Economics 2008 S. 198 (199), und für Downlistings in Deutschland Hitz/Müller-Bloch, Why do firms go grey? Evidence on the costs of IFRS compliance and enforcement, 2014, S. 24 (25), abrufbar unter: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2533959, Abruf am 22.04.2015.

6 Dabei ist die Rechtsprechung sowohl auf ein Downlisting in den qualifizierten und einfachen Freiverkehr als auch auf den vollständigen Börsenrückzug anzuwenden. Vgl. BGH, Beschluss vom 08.10.2013 – II ZB 26/12, DB 2013 S. 2672 (2675) = AG 2013 S. 877 (879).

7 Für eine nähere Betrachtung der Rechtsprechung vgl. Pasch/Schmeling/Starke, CF 2015 S. 261 (262).

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Erbschaft-/Schenkungsteuer

**Einladung zur Steuergestaltung durch den
Gesetzentwurf zum ErbStG vom 06.07.2015**

Katharina Kischisch / Prof. Dr. Ralf Maiterth, beide Berlin
Der Gesetzentwurf zur Reform des ErbStG soll die Basis für ein endlich verfassungskonformes ErbSt-Recht liefern. In dem Beitrag weisen die Autoren anhand von Beispielrechnungen jedoch nach, dass der Gesetzentwurf den Stpfl. derart große Gestaltungsmöglichkeiten bietet, dass letztendlich wiederum starke Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit angebracht sind.

DB1066118

S. 2033

BEILAGE

HGB-Reform durch das BilRUG

**WP/StB Petra Justenhoven / WP/StB Barbara Reitmeier /
WP/StB Dirk Rimmelspacher, alle Frankfurt/M.**

STEUERRECHT

AUFSATZ

Einkommensteuer

**Umqualifizierungsproblematik bei freiberuflichen
Mitunternehmerschaften am Beispiel der Heilberufe
StB PD Dr. Claudia Neugebauer, Wuppertal**

Der Beitrag geht auf die mit der Abfärberegelung verbundenen Umqualifizierungsprobleme am Beispiel der Heilbehandlungen und ihrer eng verknüpften Umsätze ein. Er analysiert, welche Effekte sich aus der zivil- und steuerrechtlichen Einordnung von Partnern bei Mitunternehmerschaften ergeben.

DB0697764

S. 2041

Umsatzsteuer

Elektronische Rechnungsstellung

RA Marco Brackrogge, Berlin

Mit der zunehmenden Digitalisierung setzen Unternehmen auch bei der Rechnungsstellung vermehrt auf den elektronischen Versand bzw. Empfang ihrer Rechnungen. Aus umsatzsteuerlicher Sicht birgt dies einige Risiken. Der Beitrag zeigt einerseits die Risiken, andererseits aber auch Möglichkeiten auf, die sich aus der Weiterverarbeitung der Eingangsrechnungen durch das verwendete ERP-System ergeben.

DB1066114

S. 2049

KURZ KOMMENTIERT

Abgabenordnung

**Korrektur von elektronischen Steuererklärungen:
Bloßes Vergessen nicht grds. grob fahrlässig**

Egid Baumgartner / Sandra Opacic, beide München

DB0839545

S. 2052

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer

**Erstattung der KapEst bei nachträglich bekannt
gewordenen Steuerbefreiungstatbeständen**

BMF, Schreiben vom 31.08.2015

DB1086982

S. 2053

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Steuerliche Behandlung von Arbeitgeberdarlehen

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom

07.07.2015

DB1075588

S. 2053

Einkommensteuer/Lohnsteuer

**(Lohn-) Steuerliche Behandlung und Zuflusszeitpunkt
des Sachbezugs „Job-Ticket“**

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom

12.08.2015

DB1075274

S. 2055

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer

**Besteuerung des Gewinns aus der Einlösung von
Xetra-Gold Inhaberschuldverschreibungen**

BFH, Urteil vom 12.05.2015 – VIII R 4/15

DB1087044

S. 2056

Einkommensteuer

**Besteuerung des Gewinns aus der Veräußerung von
Xetra-Gold Inhaberschuldverschreibungen**

BFH, Urteil vom 12.05.2015 – VIII R 35/14

DB1087046

S. 2057

Einkommensteuer

**Antrag auf Anwendung der tariflichen Einkommensteuer
(Günstigerprüfung) nach § 32d Abs. 6 EStG**

BFH, Urteil vom 12.05.2015 – VIII R 14/13

DB1087045

S. 2059

Umsatzsteuer

**Kein Gutglaubensschutz an das Vorliegen der
Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs im
Festsetzungsverfahren**

BFH, Urteil vom 22.07.2015 – V R 23/14

DB1087312

S. 2061

Umsatzsteuer

**Grundstücke, die in Privatvermögen eines selbstständigen
Unternehmers aufgenommen werden**

EuGH, Urteil vom 09.07.2015 – Rs. C-331/14

DB0991518

S. 2065

Umsatzsteuer

**Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes für die
Installation von energiesparenden Materialien
unionsrechtlich unzulässig, wenn sie nicht dem Bau,
der Renovierung oder dem Umbau von Wohnungen
dienen**

EuGH, Urteil vom 04.06.2015 – Rs. C-161/14

DB1046936

S. 2065

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Kapitalmarktrecht

Die neue Marktmissbrauchsverordnung der EU

RA Dr. Bernd Graßl, LL.M. (VUW), München

Durch die ab Juli 2016 geltende europäische Marktmissbrauchsverordnung wird eine Vereinheitlichung wesentlicher Kernbereiche des Kapitalmarktrechts – namentlich u.a. des Insiderrechts, der Ad-hoc-Publizität, der Directors' Dealings und des Verbots der Marktmanipulation – bewirkt. Diese Rechtsbereiche werden nicht mehr durch einzelstaatliche Gesetze geregelt, sondern die Verordnung ist in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar. Emittenten und Marktteilnehmer werden ihre Geschäftsprozesse und Compliance-Organisationen an die mit Blick auf den Anwendungsbereich weiter gefassten und strengeren Regeln anpassen müssen. Der Aufsatz stellt beachtenswerte Neuerungen im Überblick dar.

DB1074642

S. 2066

KURZ KOMMENTIERT

Aktienrecht

Zeitpunkt für die zulässige Aufhebung eines Unternehmensvertrags mit einer abhängigen GmbH

RA Dr. Thomas Liebscher / RA Sebastian Feige, beide Mannheim

DB1075607

S. 2072

ENTSCHEIDUNGEN

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Unwirksamkeit einer Entgeltklausel in den AGB einer Sparkasse

BGH, Urteil vom 28.07.2015 – XI ZR 434/14

DB1075678

S. 2073

Bankrecht

Bereicherungsanspruch der Bank gegen Zahlungsempfänger nach versehentlicher Ausführung eines nicht autorisierten Zahlungsauftrags

BGH, Urteil vom 02.06.2015 – XI ZR 327/14

DB1075606

S. 2078

Versicherungsrecht

Insolvenzschutz einer Lebensversicherung nur bei Umwandlung in eine pfändungsgeschützte Rentenversicherung vor Insolvenzeröffnung

BGH, Urteil vom 22.07.2015 – IV ZR 223/15

DB1067201

S. 2080

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Entgeltrecht/Arbeitsvertragsrecht

Kündigung des Arbeitsverhältnisses bei Krankheit

RAin/FAinArbR Eva Maria Plocher, Stuttgart

Im Anschluss an den ersten Teil der Beitragsreihe (DB 2015 S. 1597) beleuchtet die Autorin alle denkbaren Aspekte der Kündigung des Arbeitsverhältnisses bei krankheitsbedingten Fehlzeiten. Dabei kommt neben der krankheitsbedingten Kündigung möglicherweise auch eine verhaltensbedingte Kündigung in Betracht, wenn sich der Arbeitnehmer falsch verhält. Zuletzt werden auch die weiteren arbeitsrechtlichen Folgen einer etwaigen Beendigung dargestellt – von der Urlaubsabgeltung über die Zeugniserteilung bis hin zu den sozialrechtlichen Auswirkungen.

DB0698565

S. 2083

KURZ KOMMENTIERT

Sozialversicherung/Arbeitsvertragsrecht

Irrt die Deutsche Rentenversicherung? – Indizien für das Vorliegen von freier Mitarbeit bleiben weiterhin nur Indizien

RAin Amelie Schäfer, Düsseldorf / RAin Kira Falter, Köln

DB0991536

S. 2091

ENTSCHEIDUNGEN

Kündigungsrecht/Verfahrensrecht

Outsourcing als Grund für betriebsbedingte Kündigung auch bei ordentlicher Unkündbarkeit möglich

BAG, Urteil vom 18.06.2015 – 2 AZR 480/14

DB1067542

S. 2092

Betriebliche Altersversorgung

Berechnung einer vorgezogen in Anspruch genommenen Betriebsrente aus einer Gesamtversorgungszusage nach vorzeitigem Ausscheiden

BAG, Urteil vom 19.05.2015 – 3 AZR 771/13

DB1066149

S. 2093

Tarifvertragsrecht/Arbeitsvertragsrecht

Vorrang des zwingend geltenden Tarifvertrags vor einzelvertraglicher Regelung bei unklarem Günstigkeitsvergleich

BAG, Urteil vom 10.12.2014 – 4 AZR 503/12

DB1046813

S. 2094

Betriebsverfassungsrecht

Kein Vergütungsanspruch nach mitbestimmungswidrig geänderten Entlohnungsgrundsätzen

BAG, Urteil vom 05.05.2015 – 1 AZR 435/13

DB1067236

S. 2095

Betriebsübergang

Normative Fortgeltung einer Gesamtbetriebsvereinbarung als Einzelbetriebsvereinbarung nach Betriebsübergang

BAG, Urteil vom 05.05.2015 – 1 AZR 763/13

DB1074808

S. 2096

STANDPUNKTE

Arbeitnehmerüberlassung/Arbeitsvertragsrecht

Geplante Reform des Leiharbeit- und Werkvertragsrechts: ein untauglicher Versuch

Prof. Dr. Richard Giesen, München

DB1050227

S. 5

Arbeitnehmerüberlassung

Neues Recht für Leiharbeit und Werkverträge?

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen

DB1067199

S. 7

INHALTSVERZEICHNIS

<p>Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz: Überblick über die wesentlichen Änderungen WP/StB Barbara Reitmeier / WP/StB Dirk Rimmelspacher, beide Frankfurt/M. DB1050184</p>	S. 1	<p>Wesentliche Änderungen im Bereich der handels- rechtlichen Konzernrechnungslegung durch das BilRUG WP/StB Michael Deubert / WP/StB Dr. Stefan Lewe, beide Frankfurt/M. DB1054187</p>	S. 49
<p>Änderungen in der Bestimmung der Größenklassen nach §§ 267, 293 HGB durch das BilRUG Lisa Röser, B.Sc. / Sandra Roland, LL.M. / WP/StB Dirk Rimmelspacher, alle Frankfurt/M. DB1050132</p>	S. 4	<p>Änderungen im (Konzern-)Lagebericht inkl. der Erklärung zur Unternehmensführung durch das BilRUG WP/StB Nina Schäfer / WP/StB Dirk Rimmelspacher, beide Frankfurt/M. DB0992068</p>	S. 57
<p>Änderungen bei Vermögensgegenständen mit nicht verlässlich schätzbarer Nutzungsdauer durch das BilRUG Prof. Dr. Anneke Behrendt-Geisler, Hamburg / WP/StB Dirk Rimmelspacher, Frankfurt/M. DB0991630</p>	S. 8	<p>Neuregelungen für Institute und Versicherungen durch das BilRUG WP/StB Dr. Angelika Meyding-Metzger / WP/StB Wolfgang Weigel, beide Frankfurt/M. DB1050229</p>	S. 61
<p>Änderungen in der handelsrechtlichen GuV durch das BilRUG WP Michael Peun / WP/StB Dirk Rimmelspacher, beide Frankfurt/M. DB1066131</p>	S. 12	<p>Prüfungsurteil zum Lagebericht: Auswirkungen auf die Prüfung und den Bestätigungsvermerk durch das BilRUG WP/StB Dr. Stefan Schmidt / Dr. Beate Eibelshäuser / Inga Bernhardt, M.Sc., alle Frankfurt/M. DB1050205</p>	S. 62
<p>Die neue Gewinnausschüttungssperre nach § 272 Abs. 5 HGB i.d.F. BilRUG RA Dr. Timo Hermesmeier / Ass. Stephan Heinz, beide Frankfurt/M. DB1046693</p>	S. 20		
<p>Änderungen im (Konzern-)Anhang durch das BilRUG WP/StB Dirk Rimmelspacher / Dr. Henning Dieter Meyer, beide Frankfurt/M. DB1049308</p>	S. 23		
<p>Neuregelungen für Kleinunternehmen durch das BilRUG WP/StB Dr. Niels-Frithjof Henckel / WP/StB Dirk Rimmelspacher, beide Frankfurt/M. DB1046674</p>	S. 37		
<p>Erleichterungen für Tochterunternehmen nach §§ 264 Abs. 3 und 4, 264b HGB i.d.F. BilRUG WP/StB Michael Deubert, Frankfurt/M. DB1050232</p>	S. 41		

6464

10. September 2015

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Bettina Sabara,
Sabine Sadlo, Barbara Tuma

THEMA

» **Christoph Wiesinger:** Auftragsperre wegen Lohn- und Sozialdumping oder illegaler Ausländerbeschäftigung

RECHTSPRECHUNG

- » Nationalbank: Kürzung der Pensionen verfassungswidrig?
- » Diskriminierung durch Kürzung der Dienstordnungspension nach der DO.A
- » Einrechnung einer Witwerpension in Betriebspension
- » Irrtümlich geleistete BV-Beiträge – Rückforderung beim Dienstnehmer?
- » Unfall auf Heimweg vom Besuch eines Deutschkurses – kein UV-Schutz
- » Erfordernis und zeitlicher Umfang einer Nachschulung vor Invaliditätspension
- » BFG: Besteuerungsrecht bei konzerninterner Entsendung nach Deutschland
- » Nachträgliche Berücksichtigung eines Kinderfreibetrags bei Alleinerzieherin



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Christoph Wiesinger: Auftragsperre wegen Lohn- und Sozialdumping oder illegaler Ausländerbeschäftigung 3

Seit 1993 gibt es eine zentrale Verwaltungsstrafevidenz für Bestrafungen wegen illegaler Ausländerbeschäftigung. Diese hat seit Jahren Bedeutung im Vergaberecht, weil in dieser Evidenz gespeicherte Verurteilungen zu einer Auftragsperre führen können. Mit dem LSDB-G wurde eine gleichartige Evidenz für Bestrafungen wegen Lohn- und Sozialdumping geschaffen, die mit dem ASRÄG 2014 und dem Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz auch für das Vergaberecht eine ähnlich wichtige Bedeutung erlangt hat.

RECHTSPRECHUNG

» **ARBEITSRECHT**

Nationalbank: Kürzung der Pensionen verfassungswidrig?	5
Diskriminierung durch Kürzung der Dienstordnungspension nach der DO.A	6
Einrechnung einer Witwerpension in Betriebspension	7
Irrtümlich geleistete BV-Beiträge – Rückforderung beim Dienstnehmer?	8
Kündigung mangels Verwendung: keine Altersdiskriminierung	10
ÖBB: Nachzahlungsanspruch bei unterlassener Anrechnung von Vordienstzeiten vor dem 18. Lebensjahr	10
Behauptete Diskriminierung bei Bewerbung um Richterstelle	11

» **SOZIALVERSICHERUNGSRECHT**

Unfall auf Heimweg vom Besuch eines Deutschkurses – kein UV-Schutz	12
Erfordernis und zeitlicher Umfang einer Nachschulung vor Invaliditätspension	13

» **PFLEGEgeld**

Pflegebedarf für Herbeischaffung von Heizmaterial	15
Pflegegeld: Bemessung des Pflegeaufwands für Hilfsverrichtungen	15

» **STEUERRECHT**

BFG: Besteuerungsrecht bei konzerninterner Entsendung nach Deutschland	16
Verpfändung von GmbH-Anteilen gegen Avalprovision – sonstige Einkünfte	18
Nachträgliche Berücksichtigung eines Kinderfreibetrags bei Alleinerzieherin	18
Kein wirtschaftliches Eigentum durch Veräußerungs- und Belastungsverbot	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19